

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Die alte Geschichte von David und Goliath

Niederlage der NATO

Die Bombenwerfer der NATO haben sich über Nacht in „Friedenstruppen“ verwandelt. Auf Kampfjets und Panzern prangen jetzt Taube und Ölweig. Glaubt man den professionellen Propaganda-Lügnern der imperialistischen Medien, dann hat Jugoslawien eine vernichtende Schlappe, der „Westen“ aber einen historischen Sieg errungen. Belgrad sei vor NATO und EU zu Kreuze gekrochen und habe sich am Ende doch den Bedingungen des Abkommens von Rambouillet gebeugt. Der Wille des jugoslawischen Volkes, dem Bombenhagel einer zuletzt aus über 1 000 Kampfmaschinen bestehenden Luft-Armada der NATO zu trotzen, sei eine mit unzähligen Menschenopfern und schwersten Zerstörungen bezahlte Fehlrechnung des „Milosevic-Regimes“ gewesen. Dem finnischen Präsidenten Ahtisaari und Moskaus „Jugoslawien-Beauftragten“ Tschernomyrdin sei nach „zähen Verhandlungen“ mit der Belgrader Führung ein „Durchbruch“ gelungen. Der UN-Sicherheitsrat habe den „Friedensplan“ der G-8-Staaten - trotz des Widerstrebens von Chinesen und Russen - akzeptiert.

Soweit die Version der Lügner. Ihre Lesart stellt die Tatsachen auf den Kopf. Der an Nazi-Vorbildern strategisch orientierte „Blitzkrieg“, der ein tapferes Volk brechen und seinen nicht auf die proimperialistische Linie eingeschwenkten Staat zerschlagen sollte, ist gescheitert. Das Hauptziel der NATO - der Sturz des freigewählten Präsidenten Slobodan Milosevic - eines Patrioten, der durch erwiesene Kriegsverbrechen zum „Kriegsverbrecher“ gestempelt wurde - blieb aus. Milosevic - der Führer der Sozialistischen Partei Serbiens und einstige Generalsekretär des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens - sitzt auch nach westlicher Erkenntnis fest im Sattel. Militärisch wurden die Streitkräfte des angegriffenen Landes nicht zerschlagen. Die „technische Perfektion“ und materielle Überlegenheit des Aggressors haben nicht einmal die Luftverteidigung Jugoslawiens auszuschalten vermocht, obwohl das von NATO-Sprechern immer wieder behauptet worden war.

Auch das zweite Hauptziel des Überfalls - die Vereinten Nationen definitiv auszuhebeln und das völkerrechtliche Gewaltmonopol des UN-Sicherheitsrates offiziell aufzuheben - wurde verfehlt. Die UNO ist zwar geschwächt und

diskreditiert worden, mußte aber wieder ins Spiel gebracht werden.

Schließlich: Das neue Münchener Diktat von Rambouillet, das ganz Jugoslawien in ein Protektorat der NATO verwandeln sollte, konnte Belgrad nicht aufgezwungen werden.

Was ist aus Clintons großtönendem „Wir kämpfen bis zum Sieg!“ geworden? Wer hat in diesem Ringen zwischen David und Goliath - zumindest moralisch - den Gürtel gewonnen? Die USA? Die NATO? Sehen so Sieger aus? Die triumphalistischen Bilder aus dem okkupierten Kosovo täuschen es nur vor.

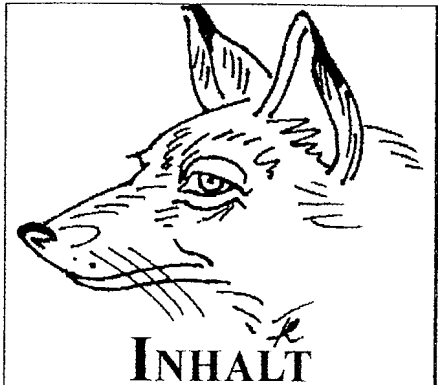
Serbien ist schwer verwüstet, seine Infrastruktur weitgehend zerstört. Zahlreiche gefallene Militärs und Tausende im Bombenhagel der Todesflieger und der politischen Schreibtischmörder hinter ihnen umgekommene Zivilisten stellen eine schreckliche Bilanz dar. Aber sein aus der heroischen Geschichte des Partisanenkampfes Kraftschöpfendes Volk, seine Staats- und Gesellschaftsordnung, die noch Reste des Sozialismus birgt, sind nicht zu Boden gegangen. In Belgrad regiert weiter Milosevic und nicht - wie von der NATO erhofft und vorausgesagt - irgendein Djindjic oder Draskovic von imperialistischen Gnaden.

Sicher - Jugoslawien hat Federn lassen und Kompromisse eingehen müssen. Denn einen Bodenkrieg, den Clinton und das blutige Rudel der NATO-Stäbeler noch immer als Variante im Ärmel haben, könnte das kleine Land wohl kaum durchstehen.

Andererseits ist in Amerika durch die von den Schröders, Fischers und Scharpings sekundierte Balkan-Aggression der USA nicht einmal eine Fensterscheibe zu Bruch gegangen. Nach Washingtoner Darstellung tendieren die eigenen Verluste im „modernen“, „sauberen“, „chirurgischen“ Krieg zur Errichtung der „neuen Weltordnung“ gegen Null.

Und dennoch: Im Kampf gegen Jugoslawien - bei der ersten „militärischen Bewährungsprobe“ der imperialistischen Allianz - hat die NATO eine doppelte Niederlage erlitten. Die schlagartige Beseitigung der letzten „antiwestlichen“ Position in Südosteuropa blieb ein frommer Wunsch. Und: Jeder weiß jetzt, daß der Brüsseler Kriegspakt nichts mit Verteidigung und hehren Idealen, sondern allein mit Mord und Totschlag zu tun hat.

Klaus Steiniger



Niederlage der NATO	S. 1
Gedanken eines Theologen	S. 2
Farce gegen Milosevic	S. 3
Erklärung der Neuen Kommunistischen Partei Jugoslawiens	S. 4
Botschaft der Union kommunistischer Parteien - KPdSU an Jugoslawien	S. 4
Die Großdeutschen im Anmarsch	S. 5
Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien in Athen	S. 6
Ideologische Konferenz der KP der USA	S. 6
Ihre „Freiheit“ und unsere Gleichheit	S. 7
Demokratie in der DDR	S. 8
Als die DDR fiel, war ich 16	S. 9
* Gedanken der nachfolgenden Generation	
Drei auf einen Streich	S. 10
* Fälscher füllen ND-Seiten	
Was ist Verrat?	S. 10
Leninistisches aus Budapest	S. 12
Gerechte und ungerechte Kriege	S. 13
Gewerkschaftsarbeit als Imperativ	S. 14
Goethe, Schröder, Grass und die DKP Berlin Nord-Ost	S. 15
Einzige deutsche Armee des Friedens	S. 16
Die Sorgen der Milliardäre	S. 17
Affenwerdung des Menschen?	S. 17
Am Rande bemerkt	S. 18
Reporterskizzen (14)	S. 19
* Verblüffung in Baleizão	
Der Tag des Überfalls	S. 20
* Am 22. Juni 1941 in Moskau	
Leserbriefe	S. 21
Anzeigen & Infos	S. 24

Gedanken eines Theologen

... dann bin ich um den Schlaf gebracht

Einmal hatte unser Sohn einen Unfall. In der Nacht darauf wurde er einer langen Operation unterzogen. Meine Frau und ich mußten die Nachtstunden hindurch unaufhörlich an die Gefahr denken, in der er schwebte: Was macht er jetzt durch, wie wird es morgen sein? Wir konnten nichts machen und waren ihm doch ganz nah. Daran haben wir uns jetzt erinnert. Wir verbrachten ähnliche Nächte mit dem einen schrecklichen Gedanken, daß auf die Menschen in Jugoslawien Bomben geworfen werden, Bomben auch aus unserem Lande. Es ist wahr, wir können uns nicht Nacht für Nacht entsetzt hin und her wälzen. Wir haben dann natürlich auch wieder geschlafen. Aber wir gewöhnen uns nicht. Wir empören uns gegen die Rüstungskonzerne und ihre Politiker noch mehr als zuvor. Wir sind den Serben, Albanern, Montenegrinern und all den anderen in Jugoslawien näher, als uns bisher bewußt war.

Warum eigentlich? Auch anderen geschieht Unrecht, und wir protestieren dagegen, wie wir können. Aber die Jugoslawen steckten schon vor den Bomben in komplizierten, notvollen Umständen. Ihr Land war schon lange destabilisiert, ihre Völker gegeneinander gehetzt durch ökonomische, geheimdienstliche und politische Machenschaften, die noch in besonderem Maße von dem Lande ausgingen, dem auch ich seit Oktober 1990 zugeschlagen bin. Und nun die Raketen und Bomben auf alle diese einmal vereinten Menschen. Die Besatzungen der Mordmaschinen kamen auch aus dem Lande, dessen Wehrmacht und SS im Zweiten Weltkrieg ihre grausamsten Schläge gegen die Bevölkerung in Polen, der Sowjetunion und eben in Jugoslawien geführt hatte. Viele Süddeutsche hörten die Bombenflugzeuge Kurs Belgrad, Pristina

oder Novi Sad allnächtlich über ihren Köpfen.

Meine Frau war als kleines Kind in Hamburg verstört, unter Trümmern, Staub und umherirrenden Menschen aufzuwachsen. Ich bin 14 Jahre älter und spüre noch die Angst in den Kellern bei der Zerstörung meiner Heimatstadt Braunschweig. Nach der Befreiung habe ich dort und später in Dresden mit primitivsten Werkzeugen Trümmer geräumt. Einmal geschah dies zwei Wochen lang zusammen mit Engländern, die zu diesem Zweck aus dem von der Nazi-Luftwaffe zerstörten Coventry nach Dresden gekommen waren als Gäste der FDJ. Wir waren uns alle einig: Dies kann und darf sich niemals mehr wiederholen. Ebendies war ja auch das stärkste Band der Einigkeit in der DDR, Volk und Regierung. Schließlich war es sogar erklärte gemeinsame Verpflichtung der beiden deutschen Regierungen. Wer hat denn damals gelogen? Werden heute ökonomische und politische Betreiber des neuen Krieges vor Gericht gestellt? Nein, vielmehr politische und militärische Wahrer des Friedens.

Als Christ und Theologe muß ich eigens betonen: Für den Frieden stand ja auch die Kirche. Sie hatte Reue gezeigt, nicht allein für frühere Kreuzzüge und Ketzerverfolgungen, sondern auch zeitgenössisch für ihre Unterstützung der Aggressoren in zwei Weltkriegen. Im Nachhinein hatte sie sich selber kaum noch verstehen können, wie ihr solche Unterstützung von den Lippen gegangen war, als sei sie ganz selbstverständlich. Nun wollte sie wieder den Ruf Jesu Christi zum Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Gemeinschaft aller Menschen befolgen.

War das gelogen? Unbeschreiblich meine Verblüffung, Scham und Empörung, als die ersten bischöflichen Befürwortungen der Bomben auf Jugoslawien über die Medien gingen, während der abermalige Angriffskrieg noch keine 24 Stunden im Gange war. Etwas ist anders als in den vorangegangenen deutschen Kriegen. Mehr als 50 Prozent der Menschen verweigern ihre Zustim-

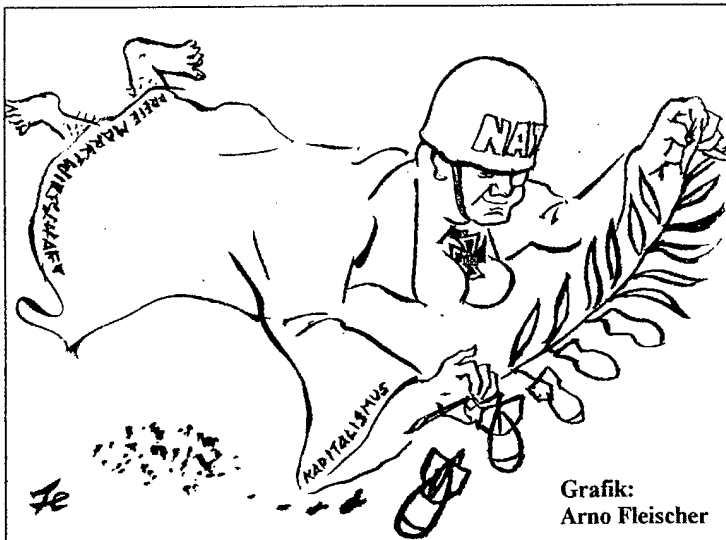
mung. Unsere bürgerliche Lokalzeitung konnte offensichtlich nicht umhin, Leserbriefe über Leserbriefe abzudrucken, die diese Verweigerung zum Teil leidenschaftlich zum Ausdruck brachten. Auch viele Christen und sogar einige Bischöfe protestieren. Deutlich stärker als im Westen haben Ostdeutsche diesen Krieg abgelehnt. Dies sei, so wurde uns in diesen Wochen wiederholt zu hören und zu lesen zugemutet, eine bedauerliche Folge ihrer schlechten Beeinflussung zu Zeiten der DDR. Dies scheint mir besonders sinnfällig zu zeigen, wie irrsinnig der Imperialismus ist. Umgekehrt nehme ich es als Lob für die DDR. Trägt die massenhafte Ablehnung des Krieges dazu bei, die USA oder die NATO wenigstens von einem Landkrieg gegen Jugoslawien abzuhalten? Wir wissen es noch nicht. Aber wir wissen leider, daß die Ablehnung trotz großer, eindrucksvoller Aktionen nicht kräftig genug ist, diesen Krieg zu verhindern. Einen wesentlichen Grund dafür sehe ich in der Handhabung der Medien durch die imperialistischen Mächte, obwohl ich es wiederum auch unfählich finde, wie selbst Menschen mit Erfahrung und guter Ausbildung die aufbereiteten Lügen zur Rechtfertigung der Aggression glauben.

Während ich dies schreibe (8. Juni), kann man vielleicht hoffen, daß der Krieg, dieser eine Krieg, zu Ende geht. Die Hoffnung schleppt sich hin und verzagt auch fast dann, wenn sie erfüllt wird. Denn aus diesem Kriege können weitere hervorgehen. Im Sinne des Imperialismus soll das so sein, die neue Doktrin der NATO sagt es offen. Um die Bewegung für den Frieden stark zu machen, muß die Ablehnung des Krieges zur Empörung und die Empörung zur Aktion werden. Dazu bedarf es der Verbreitung der Wahrheit. Die Wahrheit über diesen Krieg wird ausschließlich von Sozialisten, zumal Kommunisten erkannt und gesagt.

Die nächtliche Unruhe und Spannung wachsen wieder. Vielleicht hält die NATO für dieses Mal ein. Aber vorher will sie Jugoslawien, obwohl sie es bereits zerstört hat, auch noch maßlos demütigen und verhöhnen.

Trotz alledem! - Ein gutes und wahres Wort. Ich fühle mich den Jugoslawen verbunden, die ich bewundere. Und den Genossen in verschiedenen Parteien und Ländern. Und allen, die den Krieg ablehnen. Sie sind die Mehrheit. Wir müssen unermüdlich die Wahrheit und so unermüdlich die Einheit der Linken suchen.

Pfarrer i. R. Dr. Dieter Frielinghaus



Grafik:
Arno Fleischer

Wo sind die wahren Kriegsverbrecher zu suchen?

Die Farce gegen Milosevic

Der demokratisch gewählte Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien, Slobodan Milosevic, ist zum „international gesuchten Kriegsverbrecher“ erklärt worden. Der Name der Chefin des dafür verantwortlichen Organs klingt nicht nur ähnlich wie Albright: Die kanadische Dame Arbour ist auch gleichen Geistes und aus gleicher Kasse bezahlt. Sie hängt an den gleichen Strippen. Ihr sogenanntes „Tribunal“ ist in seiner Einäugigkeit und Rechtsfeindlichkeit nicht einmal vergleichbar mit einem normalen bürgerlichen Klassengericht - eher schon mit jenen politischen Sonderstrafkammern der BRD, die seit 50 Jahren Kommunisten verfolgen und seit 1990 bei der Abrechnung mit DDR-Bürgern wahre Orgien feiern. Kurzum, Arbours antiserbisches und antijugoslawisches „Tribunal“ in Den Haag soll der imperialistischen Strategie zur Zerschlagung des letzten „antwestlichen“ Staates auf dem Balkan eine pseudojuristische Legitimation liefern. Genau diesem Ziel dient die Anklage gegen Slobodan Milosevic.

Warum gibt es keinen Haftbefehl gegen Kroatiens Präsidenten Tudjman und seine Soldateska wegen der Vertreibung von über einer halben Million Serben aus ihrer angestammten Heimat, der Krajina? Warum hat Lady Arbour Interpol nicht gegen die moslemisch-bosnischen Provokateure aus dem Umfeld von Präsident Izetbegovic wegen deren Blutbades auf dem Markt von Sarajevo, das dann sofort „den Serben“ in die Schuhe geschoben wurde, eingeschaltet? Und warum ist eigentlich kein Geld (!) für die Identifizierung der Toten von Srebrenica da, von denen ständig behauptet wird, sie seien moslemische Opfer eines „Massakers der Serben“?

Arbours „Tribunal“ klagt nun den Präsidenten des Landes an, gegen das die Finanziere dieser „unabhängigen“ Justiz einen feigen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen haben!

Stellen wir das Ganze vom Kopf auf die Füße.

Wenn eine Organisation von Aggressoren, die sich als „internationale Völkergemeinschaft“ ausgibt, die Staatsführung des überfallenen Landes mit ihrer Anklage überzieht, so ist das für die Betroffenen eine Auszeichnung! Das Vorgehen gegen sie steht genau in jener Traditionslinie, die einst antifaschistische Widerstands- und Befreiungskämpfer wie die jugoslawischen Partisanen zu „Heckenschützen“ und „Banditen“ erklärte. Die hohe Anerkennung durch den Feind ist gerechtfertigt, weil die Männer und Frauen an der Spitze der BRJ, weil ihre Soldaten und ihr Volk seit Mona-

ten die Heimat mit Würde und Standhaftigkeit gegen einen vielfach überlegenen Aggressor verteidigt haben.

Die Verfolgung von Opfern der Aggression hat viele Facetten: Bei uns in Hamburg wurde jetzt eine ganze Reihe jugoslawischer Arbeiter entlassen; wie viele es bundesweit sind, ist unbekannt. Bei der täglichen Demonstration in der Hansestadt machte sich die Polizei immer stärker bemerkbar. Sie versuchte Plakate und Parolen zu unterdrücken. Von Rednern, die Schröder, Fischer, Scharping & Co. als Mörder bezeichneten, stellte man die Personalien fest. Sie müssen mit Anzeigen rechnen. Unter ihnen befindet sich auch ein junger Jugoslawe, der vier Stunden nach der Rückkehr aus der von Maschinen der U.S. Air Force und der Bundesluftwaffe zerbombten Heimatstadt von seinen Erlebnissen berichtete und daraus folgerte, niemand könne ihm das Recht nehmen, Clinton und Schröder bei ihren wahren Namen zu nennen.

„Eine Zensur findet nicht statt“, schreibt das Grundgesetz vor. Offenbar gilt es nur für jene Medien, welche Slobodan Milosevic, die Staatsführung der BRJ und das ganze serbische Volk pausenlos als Mörder, Monster, Greuelverursacher und Schlächter bezeichnet haben. Die BRD steckt tief in ihrer Aggressionsverstrickung drin und ihre Medien liefern dazu die propagandistische Begleitmusik. Psychologischer Krieg. Was dem Feind nützt, ist verboten, was ihm schadet, ist erlaubt.

Natürlich dient die Anklage der Dame Arbour auch dem Ziel der Entsolidarisierung: Bist du für oder gegen einen Kriegsverbrecher? Scharpings und Fischers liebste Frage ist nun „juristisch abgesichert“ - ein Lehrbeispiel für die Methode der Projektion eigener Verbrechen auf den Gegner! Haltet den Dieb!

In Den Haag ist auch der Internationale Gerichtshof, der nicht mit dem sogenann-

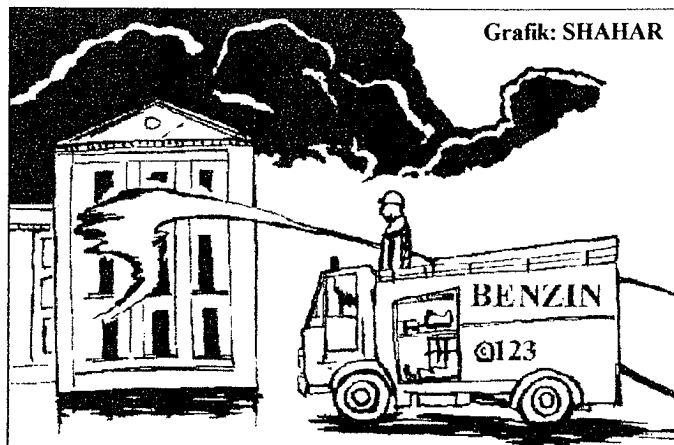
ten Kriegsverbrechertribunal verwechselt werden darf, angesiedelt. Er hat die Klage Jugoslawiens gegen zehn Aggressorstaaten der NATO auf eine Eilentscheidung zum sofortigen Bombenstopp bekanntlich aus formellen Gründen abgewiesen. Doch abweichend von der bisherigen Praxis und zur

großen Enttäuschung für Politiker und Medien der BRD wie des gesamten NATO-Kriegslagers ist das Hauptverfahren nicht endgültig eingestellt worden. Die Ermittlungen gehen weiter, denn für die Mehrheit der Richter stehen die Bundesrepublik Deutschland und ihre Komplizen nach wie vor im Verdacht des Völkermordes, der Verwendung geächteter Waffen und anderer Verbrechen.

Wie die Vereinigten Staaten den Internationalen Gerichtshof bewerten, offenbarten sie vor Jahren nach ihrer Verurteilung wegen Verminung der Pazifikhäfen des sandinistischen Nicaragua: Seither erkennen sie seine Autorität einfach nicht mehr an. Aber wieviel Mut werden die Richter diesmal aufbringen? Werden sie gegen den Kurs der NATO opponieren, das bestehende Völkerrecht im Rahmen der „Neuen Weltordnung“ von Washingtons Gnaden endgültig aufzuheben, die UNO völlig zu entmachten, die Souveränität der Nationen mit Füßen zu treten?

Noch gilt das Völkerrecht jener internationalen Ordnung, die einst von der Antihitlerkoalition geschaffen und durch den antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungskampf der Völker weiterentwickelt wurde. Nach diesem Recht forderte Cubas Außenminister, den bereits als künftigen Chef für Außenpolitik und Sicherheit der EU bestätigten NATO-Generalsekretär Solana beispielhaft als Kriegsverbrecher anzuklagen. Denn im Sinne des Statuts des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals sind die Führer der USA, der BRD und der NATO kriminell. Das Fahndungsersuchen der Lady Arbour ist eine Farce. Es ist an die falsche Adresse gerichtet. Nicht Milosevic und seine Genossen sind „Terroristen“, „Banditen“ und „Kriegsverbrecher“. Diesen „Rang“ haben sich ganz andere verdient.

Werner Hoppe



Eure Sache ist gerecht, Ihr werdet siegen!

Botschaft Oleg Schenins

An den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Jugoslawiens

An den Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien
Genossen Slobodan Milosevic

An den Generalsekretär des ZK der Neuen Kommunistischen Partei Jugoslawiens

Genossen Branko Kitanovic

An das ganze jugoslawische Volk

Liebe Genossen, Brüder und Schwestern! In dieser grausamen und schrecklichen Stunde wenden sich die sowjetischen Kommunisten, die Vertreter aller Völker der früheren Sowjetunion, an Euch mit dem Gefühl hoher Achtung, heißer Solidarität und Unterstützung. Ihr seid wie wir Opfer der konterrevolutionären Welle geworden, die im letzten Jahrzehnt durch die Länder Osteuropas gerollt ist und die vom internationalen Imperialismus mit den USA an der Spitze inspiriert wurde. Getragen von dieser konterrevolutionären Welle sind bestimmte Leute zu einer direkten Verschwörung mit der imperialistischen Reaktion übergegangen und haben sowohl ihre als auch die befreundeten Völker verraten. Nachdem sie die Sowjetunion und die anderen osteuropäischen sozialistischen Länder zerstörten und ausplünderten, haben diese Kretins nicht nur unsere in der Ver-

gangenheit große sozialistische Gemeinschaft in tiefste Armut und Ohnmacht gestürzt. Sie haben auch dem aggressiven NATO-Block den direkten Weg nach Osten geöffnet. Jetzt werden die übergeschnappten Anführer der NATO nicht mehr davor zurückschrecken, die Schwärme der Aasgeier nach dem Angriff auf Jugoslawien auch auf jedes beliebige andere osteuropäische Land, darunter Rußland, zu senden. Jedoch haben sich die Judasse und ihre NATO-Gönner verrechnet. Bewahrt hat sich der durch Jahrhunderte gestählte Wille unserer Völker, zusammen bis zum äußersten die Ehre und Freiheit ihrer Heimat zu verteidigen. Wir und Ihr haben dies in den Jahren des Zweiten Weltkriegs bewiesen. Und jetzt, ungeachtet allen Mißgeschicks, zweifeln wir nicht eine einzige Minute daran, daß Ihr in diesem ungleichen Kampf gegen den aggressiven militärpolitischen Block widerstehen werdet. (...) Wir versichern Euch, daß wir auch künftig die Solidarität mit Euch und die Unterstützung Eurer gerechten Sache verstärken werden. Auf Eurer Seite sind die Sympathien und die Liebe der gesamten ehrlichen und progressiven Menschheit.

Hände weg von Jugoslawien!

Eure Sache ist gerecht - Ihr werdet siegen!

Oleg Schenin, Vorsitzender des Rates der Union Kommunistischer Parteien-KPdSU

(Aus: „Glasnost“ 15.4.1999)

Bei anderen gelesen

...Die Aggression der NATO gegen Jugoslawien ist ein Teil der geopolitischen Strategie der USA zur Weltherrschaft. Das Endziel sind Rußland und China, da nur diese beiden Staaten in der Lage sind, der USA-Expansion entgegenzuwirken. Die NATO-Pläne sind eindeutig: Erst durch NATO-Truppen Kosovo zu besetzen und die Truppen der Allianz an der Grenze zu Montenegro zu stationieren. Dann wird die sozialpolitische Situation in Montenegro destabilisiert und das Land besetzt. Serbien verliert den Seeanschluß und wird, umschlossen von der NATO, erstickt. (...)

Aus zuverlässigen Quellen wurde bekannt, daß die Geheimdienste der NATO auch eine großangelegte Operation gegen die Republik Belarus planen. Einbezogen werden die „Volksfront“ und andere sogenannte demokratische Kräfte...

Erwartet wird eine Kampagne gegen Lukaschenko, dann Destabilisierung der sozial-politischen Situation in der Stadt und dem Gebiet Grodno, Beschuldigung des belarussischen Präsidenten, ethnische Einschränkungen für die dort kompakt lebenden polnischen Katholiken zu organisieren (die Variante Kosovo).

„Prawda“, 11.-14.6.1999

Erklärung des Sekretariats der Neuen Kommunistischen Partei Jugoslawiens (SKOJ)

Liebe Genossen, am 24. März 1999 haben die westlichen Imperialisten unter der Führung der USA das Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien angegriffen. NATO-Luftschläge wiederholen sich Tag für Tag. Die jugoslawische Armee verteidigt erfolgreich das Territorium unseres Landes. Das Ziel der westlichen Imperialisten ist sehr klar. Sie wollen Besatzungstruppen nach Kosovo und Metochien, das ein integraler Bestandteil Serbiens und der Bundesrepublik Jugoslawien ist, bringen, um in dieser Region NATO-Basen zu installieren. Ihr zweites Ziel ist die Zerstückelung der Bundesrepublik Jugoslawien durch Unterstützung der separatistischen, prowestlichen Kräfte in Montenegro. Das dritte Ziel - und eigentlich das Hauptziel - der imperialistischen Banditen ist die Einsetzung einer prowestlichen Marionettenregierung in Belgrad. Die Luftschläge gegen unser Land

stellen eine direkte militärische Unterstützung der proimperialistischen, terroristischen UCK dar, die unmittelbar der Etablierung der „Neuen Weltordnung“ dient. Die Liga der Jugoslawischen Kommunistischen Jugend beteiligt sich aktiv an der Verteidigung der Bundesrepublik Jugoslawien und am Kampf gegen den Imperialismus, der unser Land angreift. Ein Gleiches tut unsere Partei, die Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens (SKOJ), die ihre Mitglieder aufgerufen hat, sich der Mobilisierung anzuschließen und damit ihre patriotische und antiimperialistische Pflicht zu erfüllen.

Die SKOJ dankt allen kommunistischen, revolutionären, antiimperialistischen, Arbeiter- und Guerilla-Organisationen in der Welt, welche die Bundesrepublik Jugoslawien durch Demonstrationen und andere Aktionen gegen die NATO-Intervention unterstützen. Wir Kommunisten Jugosla-

wiens werden niemals die internationalistische Solidarität unserer Genossen in aller Welt vergessen. Wir appellieren an alle Kommunisten und Internationalisten der NATO-Länder, weiter auf ihre imperialistischen Regierungen Druck auszuüben, um die militärische Intervention unseres gemeinsamen Feindes zu stoppen. Die SKOJ und das Volk Jugoslawiens werden die Besetzung ihres Landes nicht zulassen. Wir werden den Kampf für die Freiheit bis zur völligen Beendigung der Intervention der NATO in der Bundesrepublik Jugoslawien fortsetzen.

Nieder mit dem amerikanischen, britischen, deutschen und französischen Imperialismus!

Nieder mit der NATO!

Lang lebe der Marxismus-Leninismus!

Lang lebe der proletarische Internationalismus!

Lang lebe Jugoslawien!

Wer der Neuen Kommunistischen Partei Jugoslawiens eine Botschaft zukommen lassen möchte, schreibe an SKOJ, Nemanjina 34, 11000 Beograd, Jugoslawien.

Die Großdeutschen im Anmarsch

Betrachtet man die Politik der letzten Monate in diesem Land, dann erkennt man, daß Zäsuren erfolgt sind, deren innere und globale Auswirkungen von den Deutschen noch nicht erfaßt werden. Wer jedoch das historische Gedächtnis nicht verloren hat, die Vergangenheit nicht verdrängt oder gar geschichtsrevisionistisch umdenkt, der sieht klarer, wohin die Reise geht. Er erkennt - diese BRD zeigt sich immer deutlicher als das, was sie in den 50 Jahren stets gewesen ist: ein durch und durch imperialistischer Staat.

Im Zusammenhang mit dem fragwürdigen „Jubiläum“ der Bonner Republik erlebt die Welt einen neuen Akt klassischer Selbstidealisation. Die Beweihräucherung der eigenen Größe kennt kaum noch Grenzen. Das Bild einer Musterdemokratie wird vorgegaukelt. Das durch die Annexion der DDR geschaffene große Deutschland sei „ein normaler Staat in Europa, von dem keine Gefahr für andere Völker ausgeht“, tönt es in Festivitätsreden.

Doch Achtung: In diesen Monaten ist unter dem Schafspelz der Wolf sichtbar geworden. Die BRD tritt mit immer härteren Stiefeln und immer schärferer Gangart in die Fußstapfen des Zweiten und des Dritten Reiches. An der Schwelle des 21. Jahrhunderts kehrt sie - noch ohne sich ganz offen dazu zu bekennen - zum großdeutschen Programm ihrer Vorgänger zurück. Nicht wenige in- und ausländische Mahner, keinesfalls nur Marxisten, erkennen das und weisen auf das Maß der Gefahr hin.

Was für Zäsuren, auf die ich eingangs verwies, sind gemeint? Es handelt sich übrigens um Glieder einer weiter zurückreichenden Ereigniskette. Dennoch sind sie Ausdruck einer neuen Qualität dieses Prozesses.

Erstens. Die entscheidendste und wohl verhängnisvollste Zäsur ist die aktive Teilnahme Deutschlands an der verbrecherischen NATO-Aggression gegen Jugoslawien. Das formell auch von der BRD akzeptierte Prinzip, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, ist damit offiziell aufgekündigt worden. Nun weiß jeder, was mit der seit 1990 beharrlich gebrauchten Formel von der „neuen Rolle, die das größere Deutschland in der Weltpolitik übernehmen muß“, gemeint war. Es wurde praktisch vorgeführt, wie „vitale Interessen Deutschlands überall auf der Welt“ gesichert werden sollen.

In der Manier des „großen Vollenders der kontinentalen Einheit Europas“ hat die BRD ein imperialistisches Zentrum geschaffen, in dem sie die vorherrschende Rolle spielt. Noch ist Bündnistreue zur NATO unter Führung der USA pro forma oberstes Gebot. Doch schon wird an einer europäischen Variante militärischer Gewaltpräsenz gearbeitet: dem Militärblock der EU. Man darf

bei all dem einen Ausspruch Helmut Kohls nicht außer acht lassen: „Nicht mehr die anderen werden über uns bestimmen. Wir werden unser Wort selbst reden“.

Zweitens. Damit verbunden ist eine weitere Tatsache: Die wachsende Rolle des deutschen Militarismus in der Politik. Waren bislang die Wirtschaft, das Finanzkapital die treibenden Kräfte, um den deutschen Expansionsdrang zu befriedigen, so hat sich das nun geändert. Schon frühzeitig war durch die DDR auf die Gefahr der Militarisierung der BRD-Politik aufmerksam gemacht worden. Lange Zeit wurde diese Tendenz von Bonn gezielt heruntergespielt. Man hielt die Zeit noch nicht für reif. Seit 1991/92 lüftete man den Schleier immer mehr und mit dem Angriff auf Jugoslawien fiel er vollends. In Verwirklichung der Hardthöhe-Konzeption „Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen der Bundeswehr“ begann die Armee der BRD, eine dominanter Rolle im „Politikgeschäft“ zu übernehmen. (Nicht zufällig wurden übrigens bei den täglichen NATO-Presskonferenzen in Brüssel Generäle und Stabsoffiziere der Bundeswehr besonders nach vorne gestellt.)

Drittens. Unübersehbar ist die Verschiebung der Achse der Politik der BRD-Parteien nach rechts. CDU und CSU geben sich noch immer als „Volksparteien der Mitte“ aus. Man könnte sogar zustimmen, wenn man bedenkt, wie weit rechte Denkmuster in der Mitte der Gesellschaft Unterstützung finden. Kürzlich las ich dazu den treffenden Satz: „Die rechtsradikalen Positionen von vorgestern sind die Mitte von heute“. CDU und CSU formulieren immer offener deutsche Großmachtinteressen. Und im Innern des Landes sind sie die konsequentesten Verfechter der maximalistischen Forderungen des Kapitals wie wachsender Repression.

Die SPD, die schon seit Jahrzehnten eine stabilisierende Kraft der kapitalistischen BRD-Gesellschaft ist, hat sich mit der Entscheidung ihres Parteitag für den NATO-Krieg noch unter das Niveau vom August 1914 begeben. Zu ihrer klassenmäßigen Anpassung an die Interessen der Finanzoligarchie ist das Einschwenken auf deren imperialistische Ziele in der Außenpolitik gekommen. „Kontinuität“ hatte Schröder versprochen. Er ist weit darüber hinausgegangen. Die SPD hat sich zum ersten Mal in ihrer Geschichte als regierende Kriegspartei profiliert.

Leider gab es auch Genossen in unseren Reihen, die ohne jeden Grund „Chancen einer neuen Politik“ bei Schröder vermuteten.

Viertens. Die deutsche Entwicklung ist begleitet von einer Identitätsfindung im klassischen imperialistischen Sinne. Das ist ein vielschichtiger Prozeß, der sich beschleunigt. In seinem Verlauf ändert sich die „Sprache

der Politik“. Eine Zunahme deutschnationaler, rechtskonservativer, revanchistischer und fremdenfeindlicher Töne ist festzustellen. Es wäre interessant, das Vokabular heutiger deutscher Politiker mit dem ihrer Vorgänger der vergangenen deutschen Reiche zu vergleichen. Die gleichgeschalteten und sprachgeregelten imperialistischen Medien übernahmen mit ihrer Greuelpropaganda gegenüber den Serben dabei die Vorreiterrolle.

Noch ist der „neue deutsche Patriot“ etwas verunsichert, ob er sein Denken bereits offen zeigen soll. Aber nicht wenige „Landsleute“ können sich die Rolle Deutschlands als Weltmacht inzwischen nicht nur vorstellen. Sie sehnen sie sogar herbei. „Deutschland, Deutschland über alles ...“ mit sämtlichen Strophen wird für sie immer mehr zum Leitmotiv. Ist die „Berliner Republik“ nur die Vorstufe des Vierten Reiches?

Als Kommunist suche ich Antworten auf solche Fragen. Ich finde sie in Lenins Imperialismus-Theorie, deren aktuelle Bestätigung gerade jetzt jeder neue Tag erbringt. Wer diese Analyse für „überholt“ hält und achtlos zur Seite legt, fällt nicht nur, wie Hans Heinz Holz richtig bemerkt, „auf die Stufe des vorimperialistischen Kapitalismusverständnisses zurück“, sondern gibt auch die Erkenntnis auf, daß wir in der Epoche der Überwindung und Ablösung des Imperialismus leben.

Dieter Itzerott

Wie sich die Sprache ähnelt

VÖLKISCHER BEOACHTER

Der Führer an das deutsche Volk

Proklamation

Berlin, 15. März.

Der Führer erläßt folgende Proklamation:

An das deutsche Volk!

Nachdem erst vor wenigen Monaten Deutschland gedrungen war, seine in geschlossenen Stützpunkten lebenden Volksgenossen gegenüber dem unerträglichsten terroristischen Regime der Tschetschenoslawen in Schutz zu nehmen, ergaben sich in den letzten Wochen steigend erneut gleiche Erscheinungen. Dies muß in einem Staume, in dem so viele Nationalitäten nebeneinander leben, zu unerträglichem Zufahren führen.

Als Reaktion auf diese erneuten Angriffe gegen die Freiheit und das Leben der Volksgenossen haben sich diese nunmehr zum Krieg gelagert.

Die Tschetschenoslawen hat damit aufgehört zu existieren

Seit Ewigkeit haben in vielen Orten tödliche Orgel-Rufe, denen nunmehr aber wieder zahlreiche Deutsche zum Opfer fielen. Gräueltätigkeiten, die die Differenz der Völkern und Religionen, und den völkischen deutschen Grundgedanken, die der Staat „Deutschland“ im vergangenen Geschicht bei der Tschetschenoslawen bildet, gegenwärtig ein Stigma von Gräueltäten von dem Tod und Götter-Gezeiten Menschen in das Reich zu führen.

Eine Fortsetzung dieser Zustände muß zur Verstärkung der letzten Ordnung in einem Gebiet führen, an dem Deutschland lebenswichtig interessiert ist, ja daß es sich über 1000 Jahre lang zum Deutschen Reich gehört.

Um diese Friedensbeziehung nunmehr einseitig zu befestigen und die Voraussetzungen für die erforderliche Erneuerung in diesem Lebensraum zu schaffen, habe ich mich entschlossen, mit dem heutigen Tage deutsche Truppen nach Tschetschen und Wladiwostok einmarschieren zu lassen. Sie werden die terroristischen Banden und die in bedrohlichen Schritten die Welt zu entzweiten, das Leben aller Bedrohungen in Schutz nehmen und somit die Grundgesetze für die Errichtung einer grandiosen neuen Weltordnung sichern, die dem Einem einer laienfähigen Geschichte und der völkischen Weltanschauung des deutschen und des russischen Volkes gerecht wird.

Berlin, den 15. März 1999.

gez.: Adolf Hitler

Kommunisten aus 46 Ländern trafen sich in Athen

Bedeutsame Beratung

Vom 21. bis 23. Mai 1999 war die griechische Hauptstadt Tagungsort einer Internationalen Konferenz von 55 kommunistischen und Arbeiterparteien aus 46 Ländern. Die Teilnehmer kamen aus Europa, dem Nahen und Fernen Osten, aus Rußland und anderen Republiken der früheren Sowjetunion, aus Nord- und Lateinamerika, aus Afrika. Die DKP war durch Genossen Robert Steigerwald vertreten. Das Thema der Konferenz hatte man bereits im Januar dieses Jahres festgelegt. Es lautete „Die Krise des Kapitalismus, die Globalisierung und die Antwort der Arbeiterbewegung“. Der völkerrechtswidrige NATO-Krieg gegen das jugoslawische Volk hat aber diese Frage in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt, so daß beide Themen gleichrangig behandelt wurden.

In Anbetracht der Vielzahl interessanter Diskussionsbeiträge ist es natürlich nicht möglich, selbst in gedrängter Form darüber zu berichten. Deshalb wird nachstehend auf die autorisierte Mitteilung des Pressebüros des ZK der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE), veröffentlicht am 25. Mai 1999 in der Zeitung „Rizospastis“, und auf die Resolution der Konferenz zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien (ebendort 2. Juni 1999), eingegangen.

Im ersten Dokument heißt es: „Die Diskussionsteilnehmer haben auf die Gefahren für den Weltfrieden und die Sicherheit hingewiesen, die aus der neuen strategischen Auffassung und der neuen Aktionsdoktrin der NATO entstehen, die die bisher geltenden Normen des Völkerrechts umstoßen, die Militarisierung der internationalen Beziehungen intensivieren und reale oder fiktive Minderheitenfragen zum Vorwand nehmen, um Interventionen zu rechtfertigen. Sie unterstrichen die Verantwortung der europäischen Regierungen, insbesondere der auf Sozialdemokraten gegründeten, die vom ersten Augenblick an die aggressiven Pläne der NATO gestützt haben. Zahlreiche Diskussionsredner gingen auf die Führung regionaler Kriege, die Entfaltung des religiösen Fundamentalismus, des Rassismus und des Fremdenhasses ein.“

Zur Wirtschaftskrise von 1997/98 wird in dem Dokument konstatiert, daß diese den Beweis geliefert habe, daß „das kapitalistische System nicht nur nicht von den Krisen befreit wurde, sondern daß diese unter den Bedingungen der Vorherrschaft des Finanzkapitals und der gigantischen Monopolfusionen noch tiefer und häufiger werden – mit katastrophalen Folgen für den Lebens-

standard der Werktätigen, die die Mehrheit der Weltbevölkerung bilden.“ Der Angriff auf deren grundlegende soziale und demokratische Rechte lasse „die außerordentliche Aktualität der Analyse des Kapitalismus und die Notwendigkeit, ihn zu überwinden, erkennen“, heißt es.

Dann wird betont: „Eine Reihe von Teilnehmern unterstrich, daß die Entwicklungen (im Machtbereich des Imperialismus – Th. D.) die kommunistischen Parteien, aber auch ein breites Spektrum von Kräften, die sich der neoliberalen Politik und den grundlegenden Optionen des multinationalen Kapitals widersetzen, vor eine Fülle von neuen Aufgaben stellen.“ In diesem Zusammenhang wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, „über diese Fragen eine breitere Zusammenkunft zu organisieren“. Auf der Konferenz, heißt es weiter in der Mitteilung des Pressebüros der KKE, habe man das Erfordernis neuer Initiativen für eine „gemeinsame Aktion der kommunistischen Parteien auf regionaler und internationaler Ebene sowie für einen Zusammenschluß aller fortschrittlichen und anti-imperialistischen linken Kräfte“ unterstrichen. Schließlich wird hervorgehoben, daß die bestehende kritische Lage und die Notwendigkeit einer „kollektiven Erarbeitung der Erfahrungen des Sozialismus, den wir kennengelernt haben, durch die Kommunisten die Vervielfachung der Schritte gegenseitiger Information und weiter Verbreitung der Positionen der kommunistischen Parteien erfordern.“

In der „Gemeinsamen Resolution“ zum NATO-Krieg gegen die Völker Jugoslawiens verurteilen die teilnehmenden Parteien die Aggression aufs schärfste. Sie fordern deren sofortige Einstellung und eine Lösung des Konflikts im Rahmen der UNO, „die die territoriale Integrität Jugoslawiens und die Unverletzlichkeit seiner Grenzen sichert. Sie soll die Autonomie von Kosovo und die vollen Rechte der dort lebenden Minderheiten sowie die Rückkehr aller Flüchtlinge und die volle Wiederherstellung der riesigen materiellen Zerstörungen, die die Bombenangriffe der NATO verursachten, sichern.“

Angeregt wurde die Herausgabe einer vierteljährlich erscheinenden Informationsschrift in griechischer, russischer und englischer Sprache sowie die Schaffung eines Zentrums schneller Information über Internet unter dem Namen Solidnet ORG, das Mitteilungen kommunistischer und Arbeiterparteien sowie Botschaften anderer Organisationen und ähnliche Materialien bekanntmachen wird.

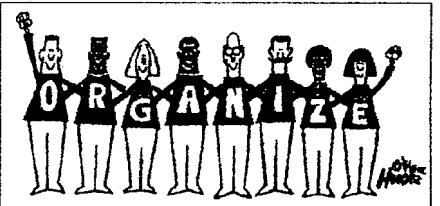
Thanos Dimitriou, Athen

USA: Ideologische Konferenz



Die Kommunistische Partei der USA hat für die Zeit vom 9.-11. Oktober 1999 eine ideologische Konferenz nach New York einberufen. „Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind wir mit einer mächtigen Schlacht der Ideen konfrontiert. Die gigantische Herausforderung, das verfallende und sterbende System des Kapitalismus zu ersetzen, muß angenommen werden. Wir haben jede Hoffnung, daß wir in das 'Jahrtausend des Sozialismus' eintreten“, heißt es in der Einladung zur Konferenz, die jetzt von der Zeitung „People's Weekly World“ veröffentlicht wurde. „Geben wir unseren tausenden neuen Mitgliedern schon, was sie brauchen, um aktive Kommunisten zu werden?... Der Marxismus-Leninismus ist der ideologische Kompaß der kommunistischen und Arbeiterbewegung. Er ist eine schöpferische Wissenschaft; er ist der Wegweiser zu Neuem und Entstehendem.“

Die DKP-Gruppe Berlin-Nordost lädt alle Genossen, Sympathisanten und Freunde für



Die DKP-Gruppe Berlin-Nordost lädt alle Genossen, Sympathisanten und Freunde für

**Dienstag, den 27. Juli 1999,
um 19 Uhr im Haus
am Franz-Mehring-Platz 1**

zu einer Veranstaltung mit dem namhaften griechischen Journalisten THANASSIS GEORGIU ein.

Thema: Die KKE - eine marxistisch-leninistische Partei



**Friedensstifter
Aus Sowjetskaja Rossija**

Ihre „Freiheit“ und unsere Gleichheit

In den höheren Rängen Bundesdeutschlands ist man, wie der Berliner sagt, vergnitzt. Die Schuld daran liegt natürlich bei den Osis, den Ex- und im Geiste Immer-noch-DDR-Bürgern. Jedenfalls fand die sozialdemokratische Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Frau Professor Limbach, heraus, daß bei denen - und zwar nicht nur in der Größenordnung einer „nostalgischen“ Randgruppe - „die Akzeptanz der westlichen Demokratie nicht sonderlich ausgeprägt“ sei. Schlimmer noch: Es zeige „sich sehr deutlich (!), daß nur eine Minderheit (!) der Bürger in den neuen Ländern mit der bundesrepublikanischen Demokratie zufrieden ist.“ Und der Grund dafür? Orginalton Prof. Limbach: „Nach wie vor ziehen die Bürger der neuen ... Länder die größtmögliche Gleichheit der Freiheit vor. Diese Tendenz hat sich in den letzten Jahren verstärkt.“ Die Antwort auf das „Warum“ liefert die Präsidentin selbst, indem sie anmerkt, daß „eine deutliche Mehrheit der Menschen in den neuen Ländern“ ... meint, „daß ihre soziale Sicherheit heuteschlechter sei als in der DDR vor der Wende ...“.

Mag sein, daß es bei so manchem erst nahezu zehnjähriger eigener (und oft schmerzhafter) Erfahrung bedurfte, um zu erkennen: Die einst per Westfernsehen empfangenen und für bare Münze genommenen Verheißungen vom bundesdeutschen Schlaraffenland sind das eine, die Lebenswirklichkeit im realen Kapitalismus hingegen etwas ganz anderes. Auch wenn die Konsumtempel von Waren jeglicher Art überquellen, auch wenn - so das nötige Kleingeld vorhanden - ziemlich jedem Ausflug in die weite Welt nichts mehr im Wege steht und man Kritik an Politikern und Zuständen folgenlos für sich (wie auch für Kritisierte nebst Zuständen) offen äußern kann: Auf den Korridoren von Arbeitsämtern, bei der verzweifelten und oft ergebnislosen Suche nach einer Lehrstelle für die Kinder, beim Umherirren im Dschungel einer üppig wuchernden Bürokratie, beim Sich-ducken-müssen vor Vorgesetzten und „Arbeitgebern“, um seinen „Job“ nicht zu gefährden, beim ohnmächtigen Ausgeliefertsein, wenn die Steuerschraube für kleine Leute noch und noch angezogen wird - der Alltag bietet reichlich Gelegenheiten, sich von Illusionen zu verabschieden und Erkenntnisse (zurück) zu gewinnen. Solche eben, wie sie Frau Limbach beklagt.

Allerdings bedient sie sich dabei einer demagogischen Konstruktion, die einer alten Schablone abgeschaut ist. Zur Erinnerung: Als 1990 die Kohl-Wahlkämpfer in die DDR einfielen, um gemeinsam mit einheimischen Kollaborateuren das hiesige Wahlvolk zum Verzicht auf seinen eigenen Staat DDR zu überreden, gingen sie mit der Losung „Frei-

heit oder Sozialismus“ hausieren. Die modernisierte Form dieses Entweder-Oder-Modells heißt nun also „Freiheit oder Gleichheit“. Das ist natürlich ein ebensolcher Etikettenschwindel wie es der Vorläufer war. Nur scheint die Zahl der Naiven, die auf ihn hereinfliegen, ganz erheblich zu schrumpfen. Das jedenfalls läßt sich aus Verlauf und Inhalt einer Diskussion schließen, die die „unabhängige“ (lies: großbürgerliche) „Schweriner Volkszeitung“ seit einiger Zeit führt. Eingeleitet wurde sie mit der Frage: „Fehlt uns Ostdeutschen das Demokratiebewußtsein?“. Mit einem lauten JA antwortete darauf als einer der Auftaktgeber jener Ex-Pfarrer und nunmehrige Aktenverwalter, dessen christliche Nächstenliebe sich in pathologischem Haß auf die DDR zu äußern pflegt: Herr Gauck. In der ihm eigenen Arroganz bescheinigte er „meinen Landsleuten“ (!?), „die große Chance des freiheitlichen Systems“ nicht zu erkennen, weil sie durch „jahrzehntelange Anpassungsstrukturen“ (lies: DDR-Verhalten) daran gehindert würden. Und da sie von diesem geistigen Erbe offensichtlich nicht lassen wollen, verstieg sich der hochdotierte Geschäftsführer einer bundesdeutschen Rache- und Vergeltungsfirma mit geheimdienstlichem Hintergrund zu dem „vernichtenden“ Urteil: „Der Untertan feiert hier bittere Urständ“.

Nun erweisen sich die „Untertanen“ allerdings keineswegs als so untertänig, daß sie die Unverschämtheiten dieses selbsternannten Moralapostels geduckten Hauptes und betreten schweigend hinnehmen. Das Echo auf die Gauck'sche Gardinenpredigt läßt jedenfalls an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Auch wenn einigen der in der SVZ veröffentlichten Wortmeldungen anzumerken ist, daß die seit der „Wende“ betriebene Gehirnwäsche hier und da gewisse Wirkungen zeitigte: In der von den Lesern geäußerten Grundauffassung wird offenbar, daß die von Gauck und Limbach geschmähte „Gleichheit“ in der DDR durchaus begriffen wird auch als Voraussetzung für die nicht formalen, sondern realen Freiheiten, die der sozialistische deutsche Staat seinen Bürgern bot: frei zu sein von Existenzangst und sozialer Abstiegsangst, sich des eigenen Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes sicher, weder bedroht von Arbeitslosigkeit noch von Unternehmerwillkür, ohne Mietwucher oder Obdachlosigkeit gar befürchten zu müssen. Von heutiger „Diktatur des Geldes“ ist in der Debatte die Rede und die Frage „Welche Freiheit und wessen Freiheit?“ beantwortet einer der in der SVZ Diskutierenden mit dem Hinweis auf die „Machtkonzentration von Wirtschaftsgiganten“.

Damit rückt der eigentliche Kern des Pro-

blems ins Blickfeld. Der vorgebliche Gegensatz von Freiheit und Gleichheit erweist sich als Konstrukt, das antagonistische Klasseninteressen widerspiegelt. Gleichheit (nicht zu verwechseln mit Gleichmacherei!) erfordert Aufhebung des Unterschieds zwischen dem Privateigentum einer Minderheit an den entscheidenden Produktionsmitteln auf der einen und der nur über ihre Arbeitskraft verfügenden Mehrheit „Lohnabhängiger“ auf der anderen Seite. Nur durch die Beseitigung dieser Ungleichheit, also der privaten Verfügungsgewalt über die grundlegenden Existenzmittel aller könnte der Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung beseitigt und mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen Schluß gemacht werden.

Genau darauf zielt sozialistische Umwandlung der Gesellschaft. In ihrem Zentrum steht folglich die Eigentumsfrage. Und dagegen setzt sich die produktionsmittelbesitzende und politikbeherrschende Klasse zur Wehr. Ganze Heerscharen bürgerlicher Ideologen sind ihr dabei dienstbar. Und die Pseudoalternative „Freiheit oder Gleichheit“, mit der einfältige Gemüter für eine Entscheidung gegen ihre eigenen Interessen manipuliert werden sollen, gehört zu den Standardmethoden der Irreführung.

Die Freiheit, die sie meinen, ist die Freiheit der Inhaber von Kapital, Wirtschaftsdominanz und politischer Macht, nach eigenem Ermessen zu schalten und zu walten - das Volk dabei mit soviel formaler Demokratie abspeisend, daß es in Abständen allenfalls mitreden darf, wer für die nächste Weile die politischen Geschäfte der wirklich Mächtigen besorgen soll.

Gleichheit hingegen bedeutet Gleichstellung in Bezug auf die gesellschaftlichen Existenzmittel. Sie ist Voraussetzung für reale Freiheit, Vorbedingung für soziale Sicherheit. Und das ist für Millionen Menschen eben keineswegs bloß Theorie. Es ist für sie in der DDR erlebte Wirklichkeit. Diese Erfahrung „steckt tief in ihnen drin“. Sie erweist sich offenbar als resistent gegen Versuche, das inzwischen Verlorene durch Tiraden über vorhandene Unzulänglichkeiten der noch in den sozialistischen Kinderschuhen steckenden DDR (verschärft durch so manche politischen Eseleien) und Anpreisen einer Freiheit, die vor allem die der Besitzenden ist, aus dem Bewußtsein zu löschen.

Die DDR, wenn auch vor einem Jahrzehnt beseitigt, ist so tot nicht, wie ihre Beseitiger wünschen. Von ihr bleibt, wie sich zeigt, allerhand Substantielles an weiterwirkender Lebenskraft. Die das fürchten, haben durchaus Grund dazu.

Wolfgang Clausner

Der BRD um eine ganze Epoche voraus

Demokratie in der DDR

In der DDR gab es keine Demokratie. So die Meinung nicht nur sozialismusfeindlicher Politiker, sondern auch eines großen Teils von den Massenmedien seit Jahrzehnten täglich manipulierter westdeutscher Bürger. Selbst Genossen sind auf diesen Schwindel hereingefallen.

Wie verhielt es sich wirklich? Demokratie in den Betrieben: Es gab den Betriebskollektivvertrag (BKV). In ihm wurden die Rechte und Pflichten von Betriebsleitung und Beschäftigten festgelegt. Er war das Ergebnis einer demokratischen Diskussion gleichwertiger Partner. Wer jemals an ihr teilgenommen hat, wird das bestätigen können. Der BKV sah auch die regelmäßige Berichterstattung des Leiters vor den Werktätigen über seine Tätigkeit vor. In privatkapitalistischen Betrieben ist so etwas undenkbar. Da wird bestenfalls vor Aktionären berichtet. Dort herrscht der Firmenchef und das Personal hat die „Interessen des Unternehmens“ (Erzielung von Maximalprofit) zu befolgen. Wer das nicht tut, fliegt.

In DDR-Betrieben bestanden Konfliktkommissionen. Gerda Klabuhn hat im „RotFuchs“ Nr. 16 darüber anschaulich berichtet. Auf die KK-Beratungen konnte die Betriebsleitung keinen Druck ausüben. Die von den Werktätigen gewählten Organe entschieden frei und demokratisch. Jeder, der irgendwann mit der Sache befaßt war, wird diese Meinung teilen. Konflikt- und Schiedskommissionen wären bei den bestehenden Machtverhältnissen in der BRD undenkbar.

Hatte das Volk in der DDR die Möglichkeit, an der Gesetzgebung mitzuwirken? Ja. In der sozialistischen Verfassung der DDR, die im Ergebnis einer breiten Volksaussprache und geheimer Volksabstimmung zustande kam, war ausdrücklich festgelegt, daß grundlegende Gesetze vor ihrer Verabschiedung den Bürgern zur Erörterung zu unterbreiten sind. Jeder brauchbare Vorschlag mußte bei der Endfassung berücksichtigt werden. Alle wichtigen Gesetzentwürfe - Familiengesetzbuch, Zivilgesetzbuch, Arbeitsgesetzbuch, Jugendgesetze usw. - entstanden unter direkter Einbeziehung großer Teile der Bevölkerung. Das ging so vor sich: In der Regel übersandte der Ministerrat dem Präsidium der Volkskammer den ersten Entwurf des Dokuments. Dann wurde eine Kommission gebildet, die sich aus kompetenten Persönlichkeiten zusammensetzte, also keineswegs nur aus hohen Staatsfunktionären oder Abgeordneten. Diese Kommis-

sion erarbeitete die Vorlage, die in den Massenmedien veröffentlicht wurde. In den Betrieben, vor allem den großen, fanden Versammlungen der Werktätigen statt, in denen die Gesetzesinitiative erläutert wurde. Die Diskussion erbrachte meist hunderte von Änderungsvorschlägen. Die Kommission beriet über diese und arbeitete zutreffende Gedanken ein. Die Beratungen in den Ausschüssen der Volkskammer erbrachten weitere Änderungen und Ergänzungen. Schließlich wurde das Gesetz in 2. oder 3. Lesung von der höchsten Volksvertretung beschlossen. In der Regel einstimmig, da der endgültigen Beratung ja die breite Diskussion vorausgegangen war. Das Gesetzbuch der Arbeit (für die Werktätigen der BRD heute wie ein Märchenbuch zu lesen) wurde übrigens vom 9. FDGB-Kongreß verabschiedet und der Volkskammer im Entwurf zur Beratung und Beschlußfassung zugeleitet. Wer wagt heute, von einer solchen Mitbestimmung des Volkes an der Gesetzgebung zu sprechen? Auf die Inhalte der vom Bundestag bestätigten Gesetze können die Werktätigen kaum Einfluß nehmen.

Zur Justiz: An den Verhandlungen der Gerichte nahmen jeweils zwei gleichberechtigte Schöffen teil, die den Berufsrichter - im Rahmen der Gesetze, versteht sich - sogar überstimmen konnten. Oder nehmen wir die Schiedskommissionen. Ich habe 20 Jahre eine von ihnen geleitet. Ihre Aufgabe war die Beratung über Verfehlungen, Vergehen und Ordnungswidrigkeiten, z.B. minderschwere Verkehrsdelikte. Etwa ein Drittel aller kleineren Straftaten wurde von den Schiedskommissionen beraten, die rechtsverbindliche Beschlüsse faßten. Sie hatten einen bedeutenden Anteil an der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung. 90 Prozent der Jugendlichen, deren Delikte meine Schiedskommission behandelte, wurden nicht rückfällig.

Auf allen Gebieten der Gesellschaft gab es Möglichkeiten zur ehrenamtlichen Mitwirkung - vom Elternbeirat bis zum Volks-polizeihelfer. Sie wurden weitgehend genutzt. Auf den prinzipiellen Unterschied zwischen formaler bürgerlicher und sozialistischer Demokratie - ihre diametral entgegengesetzten Klasseneinhalte - gehe ich hier nicht ein.

Fazit: Im „Unrechtsstaat DDR“ herrschte eine viel weitergehende Demokratie als im „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat BRD“. Wir waren dem ka-

pitalistischen Deutschland um eine ganze geschichtliche Epoche voraus.

Warum haben wir dennoch eine Niederlage erlitten? Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Sie liegen auch in Mängeln bei der Umsetzung der sozialistischen Demokratie.

Wir Kommunisten sehen die DDR-Vergangenheit keineswegs verklärt oder unkritisch. So wurde unsere Demokratie - besonders in der Endphase der DDR - dadurch wesentlich eingeschränkt, daß es keine wirkliche Kollektivität in der Parteiführung gab. Nicht die Partei als Ganzes oder ihr ZK nahmen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung, nicht einmal das Politbüro in seiner Gesamtheit. Es wurden zu viele subjektivistische und voluntaristische Einzelentscheidungen getroffen - besonders auch in der Wirtschaftspolitik. Das verhinderte notwendige Maßnahmen zur Überwindung der Stagnation in den letzten Jahren. Ich meine natürlich sozialistische Reformen von der Art des Neuen Ökonomischen Systems der Leitung und Planung (NÖS), das nach der Ablösung des Genossen Ulbricht aufgegeben wurde. Die Einschränkung der sozialistischen Demokratie - zusammen mit anderen subjektiven Fehlern und objektiven Schwierigkeiten - hatte neben gewichtigen äußeren Faktoren bekanntlich fatale Folgen.

Doch noch ein Wort zum „Diktaturstaat DDR“. Karl Marx betrachtet die Diktatur des Proletariats als ein unumgängliches Stadium beim Übergang von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft. Aber Diktatur des Proletariats bedeutet hochentwickelte Demokratie für die Werktätigen, Diktatur nur für die gestürzte Ausbeuterklasse, die mit allen Mitteln bestrebt ist, ihr verlorenes Paradies zurückzuerobern.

Herbert Thomas

(Unser Autor, 86, ist ein kommunistischer Widerstandskämpfer, der 1934 der illegalen KPD beitrug und 1945 aus dem KZ Buchenwald zurückkehrte. Er war Pressechef der Volkskammer der DDR.)

RotFuchs

Email & Internet Adresse

DKP-BerlinNO@t-online.de

<http://home.t-online.de/home/DKP-BerlinNO/rotfuchs.htm>

Gedanken der nachfolgenden Generation

Als die DDR fiel, war ich 16

Im letzten Jahr des zweiten Millenniums jährt sich zum 50. Mal die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. 16 Jahre war ich alt, als es meinen, unseren Staat, in dem ich geboren wurde und aufwuchs, nicht mehr gab.

Ist das bevorstehende Jubiläum eines untergegangenen Staates überhaupt ein Grund zum Feiern? Allemal - gilt es doch die Erinnerung daran wachzuhalten, daß es in unserer unsäglichen deutschen Geschichte auch einen Abschnitt gegeben hat, in der von einem Teil deutschen Bodens die Botschaft des Friedens und einer gerechteren Gesellschaft ausging. Mit der Deutschen Demokratischen Republik habt Ihr das Gesicht der Welt freundlicher gemacht.

Die DDR war ein international geachteter Partner. Vor allem in der Dritten Welt genoß sie hohes Ansehen. Sie stellte für niemanden eine Bedrohung dar. Ganz im Gegenteil: Der Charakter ihrer Nationalen Volksarmee war von der Notwendigkeit geprägt, den Frieden auch mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Der brutale und heimtückische Überfall des USA-Imperialismus und seiner europäischen Komplizen - allen voran das „vereinte“ Deutschland - auf Jugoslawien beweist noch im Nachhinein, wie richtig und notwendig Eure Wachsamkeit gegenüber der NATO gewesen ist. Die Maßnahmen des 13. August 1961 waren damals die ultima ratio, zwingende Einsicht in die Notwendigkeit; sie sicherten nicht nur den Frieden, sondern hielten auch die NATO in Schach. Heute, wo es Schutzwall, NVA und Warschauer Vertrag nicht mehr gibt, zeigt sich uns das wahre Gesicht des Imperialismus, dessen Gefährlichkeit und Aggressivität Ihr von Anfang an nicht unterschätztet. Entsprechend habt Ihr gehandelt. Dafür gebührt allen bewaffneten Organen der DDR, jedem einzelnen ihrer Angehörigen, unser Dank.

Was zeichnete die DDR noch aus? Menschenrechte! Unser Staat forderte sie nicht nur ein, sondern praktizierte sie auch. Die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, die damit einhergehende Begründung des Volkseigentums an Produktionsmitteln bedeuteten einen historischen Fortschritt auf dem Weg zur Verwirklichung der sozialen Menschenrechte. Konnte doch auf dieser Basis deren Grundprinzip - die Gleichheit aller Menschen unabhängig von Geburt - verwirklicht werden.

Die DDR befriedigte das Bedürfnis der Bürger nach Nahrung, Kleidung, Gesundheit und Wohnung, nicht aber das luxurorientierte Verlangen einiger weniger. Wenn das kein Fortschritt war, was dann?

Ausgehend von der Tatsache, daß Niveau und Umfang der Bildung in Schule, Lehre und Studium auf vielen Gebieten Weltspitze darstellten, gab es niemanden in der DDR, dem der Zugang zu ihr aus Armut versagt blieb. Mehr als das: Arbeiterkinder wurden speziell gefördert, um einen Weg einschlagen zu können, der in westlichen „Demokratien“ schier unmöglich ist. Genauso war es mit der Kultur. In der DDR hatte sie einen hohen Anspruch. Sie war nicht unterwandert von amerikanischer Unkultur und ideenlosem „Zeitgeist“. Neben der Erschwinglichkeit für jedermann besaß sie zugleich einen erbauenden, bildenden und aufklärenden Charakter.

Im Unterschied zur BRD war die DDR ein kinderfreundliches Land. Der Wandel ist schockierend: Statt Pionierrepublik gibt es heute Drogen und Kinderstrich.

Und die DDR-Moral? Sie wirkt weiter: Ein aktuelles Umfragergebnis zum Jugoslawienkrieg verdeutlichte, daß die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung gegen die Barbarei der Bombenwerfer ist. Das spricht für sich. Es ist derselbe Geist, in dem die Bevölkerung der DDR Solidarität mit Vietnam, Cuba und Nikaragua übte - Ausdruck von Ethik und Menschlichkeit. Humanismus war niemandem wesensfremd. In der DDR zerbrach man sich ständig den Kopf, wie man eine sichere Zukunft der Kinder und eine bessere Welt gestalten konnte. In den kapitalistischen Ländern sterben täglich 30 000 Kinder aus Armut an Hunger und Krankheiten; in der BRD macht sich die Bourgeoisie Gedanken darüber, ob auch genügend Champagner für die Jahrtausendwendfeier vorrätig ist. So verschieden sind Welten. An solchen Dingen definieren sich Systeme.

War das die DDR, wie ich sie als Kind und Jugendlicher erlebt habe? Leider nicht nur. Es gab auch eine andere Seite. Um es vorwegzunehmen: Vom ersten Tage ihrer Existenz an wurde die DDR von übermächtigen Gegnern, vor allem vom westdeutschen Imperialismus, mit allen Mitteln bekämpft. Das zehrte selbstverständlich an der Substanz des Staa-

tes. So war es sicherlich nie einfach, stets den richtigen Weg zu finden. Später ist man natürlich klüger und kann arrogant sagen: Na, dieses oder jenes hätten ihr wohl anders machen sollen. Zumal bei jeder Analyse von Fehlern die Umstände und Faktoren genauestens bedacht werden müssen, die zu ihnen geführt haben.

Doch rechtfertigt das alles nicht die in den letzten Jahren der DDR immer spürbarer gewordene Unaufrichtigkeit gegenüber dem Volk. Und den wachsenden Abstand zu den Massen, wie er sich u.a. in Mittags Wirtschaftspolitik ausdrückte. Es hätte ehrlich gesagt werden müssen, daß es auf diesen oder jenen Gebieten bestimmte Probleme gab. Dann wären die Menschen sicherlich auch mehr sensibilisiert worden für gewisse Vorgänge. Statt dessen prägte sich immer stärker das zur Selbstverständlichkeit verkommene Hinnehmen der sozialpolitischen Maßnahmen aus. Nur wenige wußten diese am Ende noch richtig zu schätzen.

Um aber Eurem Lebenswerk, liebe ältere Genossinnen und Genossen, um der Deutschen Demokratischen Republik und der Idee des Sozialismus gerecht zu werden, wollte ich auf alles eingehen, was den Staat DDR in meiner Sicht ausmachte. Die Geschichte unseres Landes muß sich nicht verstecken. Nur so werden wir dem Anspruch gerecht, für einen künftigen Sozialismus zu kämpfen. Dabei muß die DDR auf jeden Fall Modell stehen, und zwar nicht trotz, sondern auch wegen der Unzulänglichkeiten, die es unbestreitbar gab. Denn aus Fehlern wird man klug. Alles andere wäre unaufrichtig und falsch. Wie wollt Ihr sonst uns, die nachfolgende Generation, vor Euren Eseleien bewahren?

Laßt uns diesen Jahrestag gebührend vorbereiten. Im Mittelpunkt soll dabei das Bemühen stehen, den Menschen den Sozialismus als Gebot der Geschichte wieder näher zu bringen. Sozialismus bedeutet Freiheit! Und Freiheit ist immer Einsicht in die Notwendigkeit.

Unsere Solidarität gilt allen unterdrückten, ausgeplünderten und geschundenen Völkern. Und in dieser Stunde gehört sie besonders Jugoslawien, dessen Präsident Slobodan Milosevic der Welt gezeigt hat, was Widerstand gegen den Imperialismus heißt.

Matthias Bublitz

Fälscher füllen ND-Geschichtsseiten

Drei auf einen Streich

Es versteht sich von selbst, daß die bürgerlichen Ideologen die Geschichte bis zur Groteske verdrehen. Daß aber das zum linken Spektrum gerechnete ND an einem Tag, (dem 15./16. Mai 1999) auf den Seiten 12 und 14 gleich drei Artikel veröffentlicht, die die Geschichte der sozialistischen Revolution „aufarbeiten“ d.h. fälschen, ist eine wahre Meisterleistung, geht man davon aus, daß sich dieses Blatt als sozialistische Zeitung versteht. Brauchen Autoren und Redakteure solcherlei Belege zur Rechtfertigung ihres Übertritts in das bürgerliche Leben? Oder wollen sie sich gar mit „modernem“ Antikommunismus salonfähig machen?

Eine Hauptmethode der Geschichtsfälscher ist offensichtlich die beliebige Vertauschung von Ursache und Wirkung, von Erscheinung und Wesen. So führt Loth (S.14) die Spaltung Deutschlands auf „Fehlwahrnehmungen“, „Zweifel“ an Stalins Bereitschaft zur „Demokratie“ zurück. Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der sowjetischen Besatzungszone habe im Westen einen „verheerenden Eindruck“ hinterlassen. Schließlich sei von Stalin „abgelehnt worden“, dem Kapitalismus auch im Osten Deutschlands mit Hilfe des Marshallplans wieder auf die Beine zu helfen. Welche Willkür!

In der Tat trug die Spaltung Deutschlands eine Logik in sich, wie Modrow (S.14) andeutet. Sie lag aber nicht im Charakter dieses oder jenes Politikers begründet, sondern im Kräfte- und Machtverhältnis in der Welt: Der europäische Imperialismus war sehr geschwächt oder lag, wie der geschlagene deutsche, am Boden. Die Sowjetunion war bis an die Grenze ihrer Kraft erschöpft. Der amerikanische Imperialismus konnte trotz seines gewachsenen Gewichts angesichts der antifaschistischen Haltung vieler Völker nicht sofort zum offenen Angriff auf die Sowjetunion antreten. Entsprechend dieser Kräftesituation entstand die Interessenlage und nicht umgekehrt.

Die UdSSR war an der raschen Wiederherstellung der eigenen industriellen und militärischen Kraft und an der Niederhaltung des deutschen Imperialismus durch eine einheitliche, antifaschistische und entmilitarisierte deutsche Republik interessiert. Die Vereinigten Staaten hingegen setzten auf die schnellstmögliche Restauration des deutschen Imperialismus - und sei es auch nur in einem Teil des Landes. Die einseitige Währungsreform 1948 war der entscheidende - weil ökonomische - Schlag des Kalten Krieges, der eigentliche Akt der Spaltung Deutschlands, die weltweite Konsequenzen hatte. Diese Währungsreform war Voraussetzung für

- den Versuch, die Wirtschaft der Ostzone endgültig lahmzulegen und die USA als Retter zu etablieren;

- die Erneuerung des deutschen Imperialismus als Speerspitze gegen den Sozialismus;

- die Verhinderung des Abflusses von Marshallplangeldern in den Osten;

- die Verwirklichung der von Churchill in seiner Fulton-Rede erstmals geäußerten Idee des Eisernen Vorhangs.

Nicht alle Ziele wurden erreicht. Die Ostzone hat durch die ungeheuren Anstrengungen der Arbeiter ihre Wirtschaft (auch ohne Kapital) in Gang gebracht. Die Staatsgründungen in Deutschland waren also nicht Ursache, sondern Folge der Spaltung.

In einer Frage muß man Modrow dankbar sein. So offen habe ich bisher noch nirgends etwas darüber gelesen, daß „die demokratischen Kräfte“ 1989/90 „ein klares Zwei-Stufen-Programm“ besaßen: 1. „Erneuerung der DDR“, d.h. Liquidierung des - noch bescheidenen - Sozialismus. 2. „Vereinigung“, d.h. Auslieferung der DDR an das deutsche Finanzkapital. Der Autor vertuscht allerdings die eigene Rolle. Er sagt nicht, wie er und andere damals von den kapitalistischen Machthabern der BRD als „Hoffnungsträger“ ausgerufen und vereinnahmt wurden. Man kann der SED-

Führung vorwerfen, daß sie die Stärke des Imperialismus sträflich unterschätzt und die eigene Kraft gehörig überbewertet hat. Die DDR freiwillig - unter der Parole „Deutschland, einig Vaterland“ - an den Westen ausgeliefert haben aber nun einmal die „Reformer“ und „friedlichen Revolutionäre“. Sie haben mit ihrem Handeln selbst die Lüge von der durch sie angeblich angestrebten „Verbesserung der DDR“ widerlegt.

An allem ist überhaupt Lenin schuld, sagt Schuster (S.12). Er baut einen Retortensozialismus - wie er behauptet, nach Marx - auf und unterschlägt die tatsächlichen gesellschaftlichen Bedingungen in der Welt seit 1917. Die Oktoberrevolution degradiert zum „Aufstand“. Der Bürgerkrieg fand nur statt, weil Lenin die Sozialrevolutionäre „provizierte“. Die Revolution hätte nicht fortgesetzt werden dürfen, weil im Parlament keine Mehrheit dafür vorhanden war. Bürgerlicher Hokuspokus! Wo in dieser Welt spiegelt ein Parlament etwa die realen Machtverhältnisse wider? Dann müßte ja Clinton im Bundestag sitzen! Und mit ihm Henkel und Hundt!

Schuster übersieht die einfache Tatsache, daß wir vom Kommunismus noch weit entfernt waren und jetzt noch weiter weg sind, daß die Verwirklichung des Humanismus und der Freiheit für alle unmöglich ist, solange der Imperialismus und seine Klassengesellschaft existieren. Die Macht gegen den aggressiven, brutalen, menschenfeindlichen Imperialismus kann man nicht mit Wahlen und Parlamenten behaupten. So etwas hat Marx nie gesagt. Gewalt im Sozialismus sei, meint Schuster, zum „unterdrückenden Element“ geworden. Wenn es nichts zum Unterdrücken gegeben hätte, wozu dann Gewalt? Aber es gab zu unterdrückende innere und äußere Klassenfeinde. Schuster vergißt völlig: Es stand stets die Frage Wer - Wen. Weil es nicht gelang, die Kräfte und Agenturen des Imperialismus auf Dauer hinreichend zu unterdrücken, wird das Volk der DDR heute wieder vom „demokratischen“ Imperialismus unterdrückt, ist Schluß mit dem Beginn humanistischer Beziehungen untereinander.

Norbert Pauligk

Auf der Suche nach einer Definition

Was ist Verrat?

In einem seiner Beiträge für den „RotFuchs“ traf Karl-Eduard von Schnitzler die Feststellung, daß am Untergang der DDR und ihrer politischen Organisationen - neben anderen Faktoren - der Verrat einen maßgeblichen Anteil hatte. Für Kommunisten ist es aus mehreren Gründen wichtig, eine klare Vorstellung über diesen Begriff zu haben.

Im Folgenden soll aus langjähriger politischer Erfahrung heraus versucht werden, eine kommunistische Definition zu finden. Der Antikommunismus der Gegenwart bedient sich in der ideologischen Ausein-

andersetzung mit Vorliebe der Begriffsverwirrung, d.h. des bürgerlich-idealistischen, den Klassencharakter der Gesellschaft leugnenden Sprachgebrauchs. Dem muß begegnet werden. Wichtig ist die klassenmäßige Klarheit und Eindeutigkeit der Definition des Begriffs Verrat, weil nur so unserer Sache gedient, sie vor Schaden bewahrt und angesichts bestehender Meinungsverschiedenheiten zu dieser Thematik kommunistische Gesinnung besser erkennbar gemacht werden kann.

Keinesfalls darf vergessen werden, daß mit der falschen Anwendung des Begriffs Ver-

rat oder Verräter auch viel Unheil ange richtet worden ist - stets in Abwesenheit von Demokratie, worunter wir natürlich sozialistische Demokratie verstehen.

Verrat ist eine Kategorie menschlichen Verhaltens, also eine gesellschaftliche Kategorie. Ihre Definition muß demzufolge auf der Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus erfolgen.

Der Verrat bewegt sich immer zwischen gegensätzlichen Interessenlagen. Seit Marx wissen wir mit wissenschaftlicher Exaktheit von der Spaltung der Gesellschaft in Klassen, deren Interessenlagen sich gegenseitig ausschließen. Demnach wird sich der Verrat vor allem zwischen antagonistischen Klassen ansiedeln.

Wenn auch der Verrat in Gruppen organi-

Fortsetzung auf Seite 11

Was ist Verrat...

siert werden kann, bleibt er doch vorwiegend das Anliegen eines einzelnen und setzt gewollt oder ungewollt Parteinahme voraus. Deren Beweggrund ist letzten Endes ein individueller Vorteil zum Nachteil der eigenen Interessengruppe.

Verrat ist unmoralisch - im Gegensatz zur Kundschaftertätigkeit, die nicht zum Schaden der eigenen Interessengruppe (hier der Arbeiterklasse) erfolgt, sondern zu deren Nutzen und gegen die feindlichen Klasseninteressen. Sie wird in der Regel nicht aus egoistischen Motiven und unter höchstem persönlichen Risiko und Verlust durchgeführt.

Auch der Verrat erfolgt verdeckt. Aus Selbsterhaltungsgründen handelt der Verräter in den meisten Fällen geheim. Er bedient sich durchweg der Täuschung.

Das Austragen von Meinungsverschiedenheiten auch grundsätzlicher Natur ist ein Wesensmerkmal der Demokratie, lehnt jedes Täuschungsmanöver ab und hat daher nichts mit Verrat zu tun.

Wird diese Argumentation akzeptiert, dürfte es niemandem schwerfallen, „Kommunisten“ vom Schlage Gorbatschows u. a. richtig einzuordnen.

Der Verrat trägt verschiedene Gesichter und erfolgt in unterschiedlichen Formen. Jeder kennt z. B. den direkten Verrat an der DDR, wie er sich in der mit materiellen Versprechungen erkaufte Flucht profilierter Fachleute des VEB Carl Zeiss Jena in die damalige BRD unter Mitnahme von Dokumenten und anderem Betriebseigentum offenbarte. Noch brutaler war das Überlaufen verräterischer Deserteure der DDR-Grenztruppen, die in einigen Fällen

ihre eigenen Kameraden ermordeten.

Verrat ist freiwillige, vorsätzliche, bewußte Handlung. Die Geschichte kennt eine große Zahl klassischer Verräter. Der biblische Judas ist wohl ihr Prototyp. Auch Galilei beging im frühen Mittelalter objektiv Verrat, als er vor der Heiligen Inquisition seine wissenschaftlichen Erkenntnisse widerrief und der Wahrheit abschwor. Sein subjektives Handeln erfolgte jedoch nicht zum eigenen Vorteil, sondern unter der Folter und existenziellen Gründen. Wer wollte auch den Stab über manche Antifaschisten brechen, die unter der Drohung des Schafotts schwach wurden, ihrer Überzeugung abschworen und andere Widerstandskämpfer verrieten. Terror und Folter vernichten menschliche Verhaltensweisen und zerstören Persönlichkeiten, schaffen aber andererseits auch die wahren Helden. Deren Zahl war in der Arbeiterbewegung immer die größere.

Verrat ist nicht nur aktives Handeln. Es gibt auch den passiven Verrat, der durch Stillhalten, Dulden, Instichlassen, Verschweigen, Wegsehen usw. zum Ausdruck kommt. Immer unter der Voraussetzung bewußten Handelns. Gegenwärtig ist die prinzipienlose und verräterische Preisgabe von früheren Ideen und Idealen ein weit verbreitetes Übel unter einstigen DDR-Bürgern. Gemeint sind Leute, die heute das Gegenteil dessen behaupten, was sie früher selbst gelehrt oder vertreten haben. Es ist kein Verrat, wenn sich jemand infolge neuer Erkenntnisse von nachweislich überholten Vorstellungen löst. Auch wer sich im „pluralistischen“ Dschungel ideologisch verirrt, ist deshalb noch kein Verräter. Aber Verrat ist es allemal, wenn man den Sozialismus nahezu mit der Mutter-

milch eingesogen, sich von ihm seine Lebensqualifikation verschafft und jahrzehntlang Hurra geschrien hat, dann aber im „weisen“ Alter und mit gewendetem Hals seine eigene Vergangenheit kriminalisiert und ehemalige Kampfgefährten preisgibt.

Im Kreis der Mitglieder der SED-Bezirksleitung Leipzig kursierte bei Ausbruch der Konterrevolution das Wort von der unnötigen „Nibelungentreue“, die ja ohnehin nicht länger gefordert sei. Von den Verfechtern solcher Ansichten hat man in der Öffentlichkeit später nichts mehr vernommen. Hatten sie etwa Angst vor dem Schimpfwort „Betonkopf“? Dieser Schmahbezeichnung in bezug auf andere bedienten sich die Verräter nur zur Rechtfertigung des eigenen Verrats.

Verrat ist also eine Charaktersache von höchster moralischer Bedeutung. Genossen, denen die reaktionäre Umwelt zu viel Kraft abfordert, sollten wieder einmal den letzten Abschnitt der Antwort Ernst Thalmanns auf Briefe eines jungen Kerker-genossen lesen. Charakter und menschliche Größe manifestieren sich dort. Daran kann man sich aufrichten und neuen Mut schöpfen.

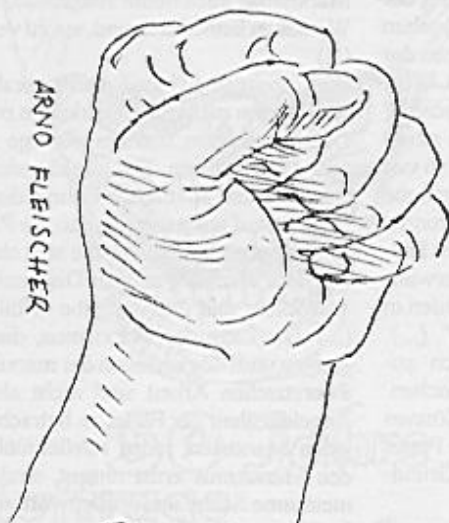
Zum Abschluß dieser ernsthaften Betrachtungen noch eine heitere Frage: Ist Genosse Schnitzler etwa deshalb ein Verräter, weil er vor mehr als sechs Jahrzehnten seiner eigenen Klasse den Rücken gekehrt und diese unter Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit bis heute in den Reihen der Arbeiterbewegung kompromißlos bekämpft hat?

Aus der Sicht der Bourgeoisie ohne Zweifel.

Kurt Walther

Völker der WELT

ARNO FLEISCHER



Schlagt den Militarismus

Zur Verteidigung der marxistischen theoretischen Arbeit

Leninistisches aus Budapest

Die Budapester Karl-Marx-Gesellschaft, aus deren Zeitschrift „Dialektika“ wir den nachfolgenden leicht gekürzten Beitrag entnommen haben, ist eine von politischen Parteien unabhängige landesweit wirkende Organisation. Ihr Ziel besteht in der Verbreitung Marxscher Lehren und wissenschaftlicher Tätigkeit. Die Gesellschaft arbeitet mit Organisationen und Einrichtungen ähnlicher Zielsetzung des In- und Auslands zusammen.

W.I. Lenin mahnte, in der marxistischen Arbeiterpartei müsse man dem Studium der Theorie, ihrer Anwendung und Entwicklung immer besondere Aufmerksamkeit schenken. „Diese Arbeit“, schrieb er, „ist immer notwendig. Nach jeder Niederlage kann und muß man sich ihrer erinnern, ihre Bedeutung betonen, weil die Schwäche dieser Arbeit immer einer der Gründe für die Niederlage des Proletariats ist. Nach jedem Sieg muß man sich ebenso ihrer erinnern und müssen wir ihre Bedeutung betonen, weil es sonst nur ein scheinbarer Sieg sein wird, dessen Früchte nicht gesichert sein werden.“

Im vergangenen Jahrzehnt hatten wir Niederlagen und Erfolge. Leider übertrafen die zahlreichen Niederlagen die Erfolge.

Eine Niederlage war der mit der kommunistischen Vergangenheit und mit dem Marxismus brechende Putschkongreß von 1989. Niederlagen waren die („ordnungswechselnde“) rechte Wende, der die sozialistischen Errungenschaften liquidierende Gesellschaftswechsel, die Privatisierung, die Zerschlagung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften usw. Auf der anderen Seite können wir als Ergebnis verbuchen, daß sich grundsatztreue Kommunisten für die Bewahrung ihrer Partei, ihre Neuorganisation und die Erneuerung entschieden. Die Partei blieb nach erlittenen Niederlagen auch in feindseliger Atmosphäre standhaft. Sie stellte bei drei Wahlen Landeslisten auf, erhob ihre Stimme gegen den Anschluß an die NATO usw. Diese von tausenden ihrer Partei ergebenen Kommunisten in aufopferungsvoller Arbeit erreichten Resultate konnte die Partei nicht festigen und vertiefen. Auch im dritten Anlauf gelang es ihr nicht, ins Parlament zu kommen.

Aus dem Wechsel der Gesellschaftsordnung ging die große Mehrheit der Bevölkerung als Verlierer hervor. Die Partei vermochte es jedoch nicht, die Verlierer dieses Wechsels anzusprechen und zu gewinnen. Die Beziehungen der Partei zur Arbeiterschaft und zu den Bauern entwickelten sich nicht entsprechend. Die intellektuelle Basis der Partei verengte sich. Sie blieb allein, ohne Verbündete und isolierte sich selbst.

Die sich daraus ergebende negative Wirkung war auch bei den letzten Wahlen spürbar. Daß es 1998 nicht zu verhindern gelang, daß

eine rechte Koalition siegte und an die Macht kam, bedeutete eine neue Niederlage.

Es gäbe also genügend Grund zum Nachdenken, zum Analysieren, zum Einschätzen und zum Diskutieren (...). Das Übel vermehrt sich durch den Mangel an theoretischer Arbeit. Nicht mit der Theorie müsse man sich befassen, sondern mit der Tagespolitik, hören wir. „Die Mehrheit der Werke Lenins ist auch Ergebnis der Tagespolitik, gibt auf Angelegenheiten des Tages Antwort aufgrund konkreten Tageswissens“, lesen wir in einem Artikel. Als ob so grundlegende Arbeiten Lenins wie „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, „Staat und Revolution“, „Materialismus und Empirio-kritizismus“, „Philosophische Hefte“ und „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ einfach nur Produkte der Tagespolitik gewesen wären, als ob ihrem Entstehen nicht lange Jahre einer vertieften und ausdauernden theoretischen Arbeit vorausgingen. In Lenins Tätigkeit verschmolzen Theorie und Politik wirklich zu einer untrennbaren Einheit. Das bedeutete wiederum nicht die Auflösung der Theorie in der Tagespolitik.

Für Lenin stand die theoretische Arbeit in einer unauf lösbaren Beziehung mit den von der Epoche (und nicht in enger Bedeutung verstanden: Tagespolitik) bestimmten Aufgaben. Die Theorie, bekannte er, ist die Kompaßnadel für das Handeln. Ihre wichtigste Aufgabe ist das Legen eines wissenschaftlichen Fundaments der (marxistischen) Politik. Dazu ist die Klarstellung und Analyse der Klassenverhältnisse bei genauer Berücksichtigung aller objektiv überprüfbaren Tatsachen unter Zuhilfenahme der Theorie unumgänglich und darin erblickte Lenin die Hauptaufgabe der Theorie. (...)

Die direkte Folge der Vernachlässigung der theoretischen Arbeit ist das Verlorengehen der Klassenanalyse. In den Dokumenten der Partei, welche in ihrem Namen das Wort „Arbeiter“ trägt, kommen „Arbeiterschaft“ oder „Arbeiterklasse“ selten vor. Im neuesten Dokumentenplan können wir nur so viel lesen: „Mit der Stilllegung der Großbetriebe richtete man die Arbeiterklasse zugrunde, mit der Arbeitslosigkeit brach man ihre Haltung“. „Die Genossenschaftsbauern verwandelten sich auch. Diese Schichten wurden in ihrem Verhalten grundlegend passiv“. (...) Die Arbeiterklasse hat man wirklich zugrunde gerichtet, ihre Haltung gebrochen. Aber sollen wir uns darein fügen? Können wir als sich marxistisch betrachtende Partei unserer wichtigsten gesellschaftlichen Grundlage entsagen? (...)

Ohne marxistische Intelligenz ist theoretische marxistische Arbeit nicht vorstellbar. Im Dokumentenplan lesen wir: „Es gibt aber keine über modernen Kenntnisse verfügende, moderne Antworten liefernde Schicht der

Intelligenz“. An gleicher Stelle: „Es gibt solche, welche nicht bereit sind, die Veränderungen der Zeit zu verstehen. Sie geben ihre veralteten Ansichten nicht auf“. Das sind schwerwiegende, aber jeden konkreten Inhalts entbehrende allgemeine und deshalb unannehmbare Behauptungen. Von welchen „veralteten Ansichten“, „modernen Kenntnissen“, „modernen Antworten“ ist hier die Rede? Wer sind jene, die ihren veralteten Ansichten nicht entsagen wollen, die keine modernen Kenntnisse besitzen, die keine modernen Antworten geben?

Beinahe hält jemand die marxistische Klassenauffassung für veraltet, es aber wiederum für eine moderne Antwort, wenn der Begriff „sozialistische Gesellschaft“ von „Informationsgesellschaft“ abgelöst wird, wenn die These des Antagonismus von Kapitalismus und Sozialismus ersetzt wird durch die Irrlehre von der Vereinigung der Vorteile beider Formationen.

Die Methode, die gesamte Schicht der Intelligenz innerhalb der Partei ohne jede Beweisführung als negativ zu qualifizieren, erinnert daran, wie seinerzeit die einstigen Reformer alle diejenigen des „Fundamentalismus“ beschuldigten, welche auch in der hysterischen antimarxistischen Atmosphäre nicht bereit waren, die Grundsätze des Marxismus aufzugeben. Der Marxismus kann natürlich nicht an einer Stelle stehen bleiben. Die Veränderungen der Zeit, das Erkennen neuer Tatsachen und ihre Verarbeitung als Grundlage nehmend muß man seinen theoretischen Gehalt ständig aufs Neue prüfen und bereichern. Trotz der sich in unserer Zeit entwickelnden wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Veränderungen, welche selbstverständlich marxistischer Aufarbeitung bedürfen, sind die kardinalen Grundsätze des Marxismus auch heute zeitgemäß, modern. Wir haben keinerlei Grund, sie zu verneinen. (...)

Was „zeitgemäß“ und was „veraltet“ ist, entscheidet nicht brandmarkende politische Qualifizierungen, sondern würdige theoretische Diskussionen. Der alte Engels machte seinerzeit die politischen Führer der Bewegung darauf aufmerksam, daß die Partei der Wissenschaft bedarf, welche sich ohne Freiheit der Forschung und der Diskussion nicht entwickeln und ihre Aufgabe erfüllen kann (...). Die Lage des Marxismus, die Bedingungen und Möglichkeiten der marxistischen theoretischen Arbeit sind nicht als innere Angelegenheit der Partei zu betrachten. Für jeden Marxisten, jeden Intellektuellen, der den Marxismus ernst nimmt, sind sie gemeinsame Sache und Verantwortung.

Im Namen der Redaktionskommission der „Dialektika“

gez. Adam Wirth

Übersetzung: Eberhard Kornagel

Gerechte und ungerechte Kriege

Der Krieg wurde seit Jahrtausenden - im alten China, im alten Indien, im Orient und in der Antike - theoretisch reflektiert. Genauso alt ist die Sehnsucht der Menschen nach Frieden. Daß die Auffassungen zu Krieg und Frieden in den Zeitläuften unterschiedlich waren, versteht sich von selbst. Es sollte ja auch Jahrtausende dauern, bis wir die unter einem Wust ideologischer und religiöser Vorstellungen bis zur Unkenntlichkeit verhüllte Tatsache erkennen konnten, daß der Krieg an die Entstehung des Privateigentums und die Herausbildung von Klassen gebunden ist, daß er die „Fortsetzung der Politik der einen oder anderen Klasse“ mit gewaltsamen Mitteln darstellt (Lenin).

Mit dem Aufkommen der revolutionären Arbeiterbewegung wurde die Friedensforderung aus einem humanistisch-ästhetisch-moralischen Prinzip im Verständnis des Kantschen „kategorischen Imperativs“ zum integrierenden Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution. „Die Sozialisten haben die Kriege unter den Völkern stets als eine barbarische und bestialische Sache verurteilt“, betonte Lenin. Aber sie sind

auch keine Pazifisten. Marx, Engels und Lenin haben in den Kriegen ihrer Zeit immer Partei ergriffen, wobei ihre Parteinahme vom Klassencharakter des jeweiligen Krieges abhing - der Frage nach seiner Berechtigung, Fortschrittlichkeit und geschichtlichen Notwendigkeit. Revolutionskriege, nationale und koloniale Befreiungskriege fanden ihre Unterstützung. So forderten Marx und Engels 1848 den Revolutionskrieg gegen das zaristische Rußland, die damalige Hauptmacht der europäischen Konterrevolution.

Das Gebäude der Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung“ in Köln glich einer revolutionären Festung, ausgerüstet mit acht Bajonettgewehren und 250 scharfen Patronen in Marxens Redaktionszimmer, und ihre Setzer, mit roten Jakobinermützen auf den Köpfen, waren kampfbereite Arbeiter, die selbst den Offizieren der preußischen Garnison Respekt abgewannen.

Friedrich Engels, der Einjährigfreiwilliger, gedienter Bombardier (Artillerie-Unteroffizier) war, nahm als Adjutant im Willichschen Freikorps an der Reichsverfassungskampagne im Sommer 1849 teil. Er war der erste Militärtheoretiker, der die materialistische Dialektik auf die Kriegsfrage anwandte, und nicht zu Unrecht wurde er von seinen Freunden auch „General“ genannt. Das qualitativ Neue in der Erkenntnis der Klassiker des Marxismus-Leninismus in der Kriegs-Frieden-Frage war der Klassencharakter der Kriege, ihr Zusammenhang mit den Klassenkämpfen im Innern eines Landes, die Unmöglichkeit, Kriege abzuschaffen, ohne die Klassen abzuschaffen und den Sozialismus-Kommunismus aufzubauen. Aus dieser theoretischen Auffassung folgt mit zwingender Logik die Unterscheidung der Kriege in gerechte und ungerechte. Ein Verzicht auf sie wäre in der Konsequenz die Gleichsetzung von revolutionären und/oder nationalen Befreiungskriegen mit Eroberungskriegen imperialistischer Mächte, bei denen es um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Unterwerfung anderer Völker geht.

Nun darf diese notwendige Unterscheidung nicht formal und schematisch vorgenom-

men werden. Der Charakter eines Krieges kann sich während dessen Verlaufs erst herausbilden oder ändern. Ein gerechter Krieg kann sich in einen ungerechten verwandeln und umgekehrt.

Das Beispiel eines gerechten Krieges steht uns in diesen Tagen deutlich vor Augen: Der Abwehrkampf des serbischen Volkes gegen die von imperialistischen Mächten aufgebaute, bewaffnete und logistisch versorgte terroristisch-separatistische UCK, das Ringen Jugoslawiens um die Erhaltung seiner staatlichen Einheit sowie gegen den völkerrechtswidrigen Luftkrieg der NATO. Hierbei geht es um die Verteidigung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität des Landes - und zwar unabhängig davon, ob die Belgrader Führung in ihrer Nationalitätenpolitik gegenüber der albanischen Bevölkerung in Kosovo Fehler begangen hat oder nicht.

Sind Kriege nun in unserer Epoche unvermeidlich? Können sie, wenigstens große Konflikte und gar ein dritter Weltkrieg, überhaupt verhindert werden?

Zu Zeiten der Existenz des sozialistischen Weltsystems und einer funktionierenden UNO waren die Möglichkeiten des Imperialismus zur Entfesselung von Aggressionen eingeschränkt. Nach der Zerschlagung des Sozialismus in Europa hat die Zahl imperialistischer Aggressionskriege und militärischer Interventionen, teils verdeckt, teils offen, in Afrika, Nahost und Asien, sprunghaft zugenommen. Über die Destabilisierung anderer Staaten existiert in den USA eine umfangreiche theoretische Literatur. Auch diese Methode ist eine Form des „modernen Krieges“.

Am aggressiven Charakter des Imperialismus hat sich nichts geändert und wird sich auch nichts ändern. Eine andere Frage ist, ob und in welchem Maße die Aggressivität des Imperialismus durch das Handeln verbliebener sozialistischer und anderer friedensorientierter Staaten, durch eine mächtige außerparlamentarische Friedensbewegung eingeschränkt und der Imperialismus in bestimmten Fällen zum Verzicht auf das Mittel des Krieges gezwungen werden kann. Darin besteht zur Zeit die Hauptaufgabe kommunistischer und Arbeiterparteien, aller progressiven Kräfte. Letztlich ist eine dauerhafte Friedenssicherung nur durch den Sieg des Sozialismus-Kommunismus möglich.

Ulrich Huar



Grafik: Arno Fleischer



**50 Jahre
im Auftrage
der kapitalistischen
Ausbeuterklasse!**

Gewerkschaftsarbeit als Imperativ

Ausgehend von der DKP-Konferenz zur Wirtschafts- und Sozialpolitik im Dezember 1998 hatte sich die Gruppe Nordost entschlossen, ihre Mai-Versammlung unter das Thema „Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft“ zu stellen. Als Referent war Reiner Vollradt (58), Berliner DKP-Bezirksvorsitzender und erfahrener Kenner des Gewerkschaftslebens unserer Stadt, gewonnen worden. Das frühere Mitglied des SEW-Parteivorstandes gehört der IG Metall im DGB seit 1969 an. Mehrere Jahre arbeitete er im Betriebsrat des Siemens-Dynamowerks, wo er lange Zeit Gewerkschaftsvorsitzender war. So sahen sich die Anwesenden nicht enttäuscht, die sich auf anschauliche Schilderungen aus seinem Erlebnisschatz eingestellt hatten.

Einleitend verwies Reiner auf die Nachkriegssituation, in der sich alle politischen Kräfte Deutschlands als sozialistischen Forderungen gegenüber offen artikuliert hätten. Selbst die CDU habe sich 1946 in ihrem Ahlener Programm an die „Arbeiter der Stirn und der Faust“ gewandt und erklärt, indem sie sich selbst als „große sozialistische deutsche Volkspartei“ darstellte, dem Sozialismus gehöre die Zukunft. In der Folgezeit hätten sich immer größere Teile der Arbeiterklasse mit dem Kapitalismus arrangiert. Denn lange Zeit sei es für die Gewerkschaften relativ leicht gewesen, einen kleinen Teil des rasanten Produktivitätsfortschritts für Lohnzuwachs einzufordern.

Vor allem seit 1989 habe sich die Situation grundlegend geändert und es gebe keinen Weg zur Profiterhöhung, der von den Unternehmen nicht rücksichtslos genutzt werde. Es bedürfe massiver gewerkschaftlicher Anstrengungen, um zu verhindern, daß soziale Errungenschaften aus früheren Arbeitskämpfen in breiter Front niedergewalzt würden. Als Beispiel verwies Reiner auf den Siemens-Konzern, der sich u.a. durch erhöhte Überstunden bei gleichzeitigem Personalabbau, Einführung hinterhältiger Lohnformen, Unterlaufen von Tarifverträgen und Kündigung des 13. Monatsgehalts einen üblen Namen gemacht habe. Da sich z.B. Dynamos in ihrem konstruktiven Grundaufbau seit 100 Jahren kaum geändert hätten, sei der Produktivitätszuwachs nur durch Rationalisierung der Herstellung erzielt worden. Zugleich habe man ganze Betriebsteile ins Ausland - besonders in Billigländer - verlagert. Im Ergebnis dessen sei die Belegschaft des Westberliner Dynamowerks auf ein Drittel geschrumpft. Das habe sich auf die Kampfkraft der verbliebenen 800 Beschäftigten,

von denen 280 in der Gewerkschaft seien, ausgewirkt.

Die jetzt entstandene Situation stellt die Arbeiterklasse überall vor neue Probleme. Ausdrücklich berief sich Reiner auf die berühmte Leninsche Klassendefinition. („Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem ... Verhältnis zu den Produktionsmitteln“ nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen“ - Werke Bd.29, S.410) Ausgehend davon beschäftigte er sich mit einigen Aspekten der strukturellen Wandlungen innerhalb der Arbeiterklasse. Deren soziale Basis erweitere sich um andere Lohnabhängige: Während die Zahl der eigentlichen Produktionsarbeiter abnehme, wachse die der Bürokräfte und der Intellektuellen. Der Frauenanteil - besonders im Dienstleistungsbereich - sei im Steigen begriffen. Das treffe auch für lohnabhängige Zwischenschichten und Ausländer zu. Hervorzuheben sei, daß der größere Teil der ausländischen Kollegen Gewerkschaften angehöre. Bedeutende Veränderungen vollzögen sich innerhalb der Intelligenz, die dem Rationalisierungsdruck nicht minder als die Arbeiter ausgesetzt sei. Zusätzliche Probleme entstünden durch Zeitverträge, die Zunahme der Scheinselbstständigkeit und die Durchlöcherung der sozialen Sicherungssysteme. Neuerdings werde unter dem Schlagwort „Co-Management“ versucht, den Betriebsräten eine Mitverantwortung für das „Wohl und Wehe“ des Unternehmens aufzubürden und sie für den „Interessenausgleich“ zwischen Bossen und Belegschaft einzuspannen. Unter diesen Bedingungen wächst die Rolle der Gewerkschaften als wichtigstes Kampfinstrument der Arbeiterklasse. Es bedarf aller Anstrengungen, um den Mitgliederrückgang der letzten Jahre zu stoppen. (Allein 1995 verlor der DGB eine halbe Million Gewerkschafter, die Zahl der IG Metall ging in Berlin von knapp 66 000 im Jahre 1996 auf 59 330 im März 1999 zurück.)

Kommunisten müssen in Gewerkschaften arbeiten und dort am Kampf gegen die unter Konzerndruck verstärkte Anpassungstendenz in manchen Gewerkschaftsführungen teilnehmen. Der DKP-Bezirksvorstand habe sich - so berichtete Reiner - an verschiedene Organisationen gewandt und auf die kapitulantenhafte DGB-Lo-

sung „Neues Handeln braucht unser Land“ aufmerksam gemacht. Mit dieser Parole hatte Schulte auf die Bildung der Schröder-Regierung geantwortet. Die DKP betrachte es als ihr Hauptziel, in wichtigen Berliner Unternehmen Grundorganisationen zu bilden, die sich u.a. durch Betriebszeitungen politisch profilieren und Einfluß gewinnen könnten.

In der Diskussion berichtete ein Genosse, wie 1990 die Gewerkschaften in der DDR systematisch zerschlagen worden seien. Als er auf eine entsprechende Frage seines damals neuen Westchefs wahrheitsgemäß erwähnt habe, er sei organisiert, kam prompt die Antwort: „Es wird sich Gelegenheit bieten, daß wir Sie über kurz oder lang kündigen“. Auch die Ausschaltung der Gewerkschaften sei ein Aspekt der Strategie gewesen, mit der man unsere Großbetriebe als Zentren der Arbeiterklasse plattgemacht habe. Ein anderer Genosse stellte die Frage, ob man im reformistisch geführten DGB als Kommunist überhaupt arbeiten könne; er selbst bejahte vehement die Notwendigkeit und verwies darauf, daß Genossen sogar in der Arbeitsfront der Nazis erfolgreich gewirkt hätten. Klaus Steiniger berichtete aus Portugal, wo sich die große Gewerkschaftszentrale CGTP-Intersindical bereits in den Zwangssyndikaten der Faschisten formiert habe. Heute sei jeder zweite gewählte Funktionär der CGTP ein organisierter Kommunist.

Fazit der Versammlung: „Unabdingbar ist und bleibt die aktive Mitarbeit in allen gewerkschaftlichen Gremien“. (Heinz Stehr in seiner Rede auf der eingangs erwähnten Konferenz der DKP, UZ vom 18.12.1998)

Frank Mühlefeldt



FÜRCHTE DICH NICHT
VOR DEM
LANGSAMEN
VORWÄRTSGEHEN,
FÜRCHTE DICH NUR
VOR DEM
STEHENBLEIBEN.

CHINESISCHE WEISHEIT

Dieter Süverkrüp auf dem UZ-Pressesfest 1977 in Recklinghausen:

„Der Sozialismus, Genossen ...“

„Der Sozialismus, Genossen! Der Sozialismus an sich ist kostbar, wert, daß man ihn erhält.

Aber der eure, seht ihn euch an, eine Ruine.

Kaum habt ihr begonnen ihn aufzubauen, ist er noch immer nicht fertig.

So geht das nicht. Das muß wieder weg, sonst kann da nie was draus werden.

Der Sozialismus, Genossen, braucht eben Luft zum Atmen, zum Bauen.

Die größten Schlösser, sind sie nicht stets mit Luft auch gebaut?

Den Sozialismus, den euren, habt ihr zu fest gefügt. Lockert ihm hier eine Säule, da einen Schlußstein.

Bald werdet ihr sehen, wie er sich rührt, wie er herabkommt vom Sockel, sich demütig neigt, vor seinen hilfreichen Kritikern.

Seht, er geht in die Knie und macht endlich Platz dem besseren Sozialismus, wie ihr ihn euch, seid ehrlich, verdiente Genossen, einst selber erträumtet, damals, als ich noch jung war.

Nun seid ihr fett und krumm dazu und wenn ich euch spotte, könnt ihr noch nicht einmal lachen.

Dabei, Genossen, der Sozialismus ist eine so große Idee, die Hoffnung der Menschen.

Ohne den Sozialismus geht die Geschichte nicht weiter, kann abgeblasen werden, führt zu nichts mehr.

Der Sozialismus - ach ja. Leider nur scheiterten stets die größten Ideen an den kleinlichen Schwächen

der Menschen, besonders der Funktionäre, sagte schon unser Pastor.

Was hilft uns dagegen?

Der Sozialismus an sich, nicht der reale, zusammengebastelte, nein, der konkrete,

der, wie er wär, wenn es ihn wirklich gäbe, wenn er nicht nur real, sondern ...

Nein wirklich, Genossen, auf so was muß man eben schon auch mal warten können.

Euer Eifer in Ehren, jedoch konntet ihr nicht behutsamer sein?

Ihr sagtet: 'Da, das ist unser Sozialismus'.

Genossen, so sagt man das nicht. Ihr müßt es sagen auf neue Weise.

Sagt es nicht so dogmatisch, sagt: 'Er ist Scheiße geworden!'

Das überzeugt, so gewinnt man sich Freunde und sei es der Klassenfeind.

Natürlich, Genossen, gilt es auch wachsam zu sein. Jedoch mit dem Klassenfeind läßt es sich reden.

Bittet ihn nur recht höflich, sich freundlicherweise nicht einzumischen,

sagt ihm, ihr haltet euch aus dem Seinen heraus,

dann wird er euch schon gewähren lassen,

wenn ihr im pluralistischen Meinungsstreit erwäget den Sozialismus, sein Für und Wider, sein Wider und Für, von Anbeginn zu Anbeginn, von Neuem aufs Neue,

ob's nun ein So-oder So-zialismus oder ein anderer sein muß.

Genossen, zeigt keinerlei Stärke, das legt man euch als Schwäche aus.

Die gute Sache siegt schon alleine - sagte schon Jesus.

Rings lauert der Feind? Laßt lauern dahin, senkt eure Waffen.

Das wird ihn zu Tode erschrecken. Ersticken wird er an seiner Angst.

... oder auch nicht, das ist das Risiko.

Aber wenn er erstickt, wie steht ihr da - wunderbar, glänzend, kein Stäubchen von Orthodoxie.

Genossen, nehmt meinen Rat an und laßt euch bekehren, sonst werde ich mich über euch beschweren,

beim Stern, beim Spiegel und bei der FAZ! Die haben für so was immer Platz. Amen.“

(Dieter Süverkrüp gehört zu den bedeutendsten politischen Liedermachern der BRD. Am 30.Mai ist er 65 Jahre alt geworden)

Goethe, Schröder, Grass und die DKP Berlin-Nordost

„W. Daniel Wilson ist ein selbst für die Verhältnisse eines nordamerikanischen Germanistikprofessors beachtlicher Idiot.

Schon 1991 machte er sich mit einem Buch, Geheimräte gegen Geheimbünde, lächerlich, worin er die Behauptung aufstellte, Goethe und sein Herzog hätten sich von den Weimarer Illuminaten als Hochgradmaurer aufnehmen lassen, um das Treiben dieser verdächtigen Sekte von innen her auszukundschaften. Revolutionen werfen ihre Sonnenstrahlen voraus; es hatten sich unter den Freimaurerlogen die Logen der Illuminaten oder ‚Helldenker‘ gebildet, Logen neuen Typs, die, wo und wann immer man sie unter einen französischen Himmel verbrachte, sich ohne weiteres in revolutionäre Clubs umwandelten. Wilsons Überwachungsannahme ist lächerlich aus zwei Gründen:

Sie hat etwa so viel Glaublichkeit wie die Annahme, Gerhard Schröder und Günter Grass hätten sich ins Hochkapitel (*) der DKP Berlin-Nordost geschlichen, um in Erfahrung zu bringen, was die da so für Ziele verfolgen. ...“

PETER HACKS

gefunden in „Konkret“, Nr. 3/1999

(*) Kollegium von Priestern einer Dom- oder Stiftskirche

Klare Sicht

„Ich bleibe Marxist, weil ich der Meinung bin, daß die Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen ist.“

Rainer Rupp

Zeugenaussage des Generals Klaus-Dieter Baumgarten:

Einzigste deutsche Armee des Friedens

Der ehemalige Chef der DDR-Grenztruppen, Generaloberst Klaus-Dieter Baumgarten, hat am 26. April 1999 vor dem Gericht in Erfurt im Prozeß gegen angeklagte Grenzoffiziere eine Zeugenaussage gemacht, aus der wir im folgenden zitieren:

Einige hunderttausend junge Menschen - es sind fast eine halbe Million - , viele Generationen haben in der Zeit der Existenz der DDR als Grenzsoldaten ihren Dienst geleistet. Ich gehöre zur Generation der hier Angeklagten, mit denen ich einige Zeit gemeinsam diente und ein Stück des nicht leichten Weges eines Soldaten zurücklegte - in enger Zusammenarbeit und Kameradschaft. (...)

Prägend für unser späteres Leben war der Krieg, den wir in unseren jungen Jahren erlebten. Der frühe Tod meines Vaters (...) war ein tiefer Einschnitt in meinem Leben. Seit 1939 Kriegsteilnehmer an der West- und Ostfront, nahm er sich 1944 im Dienstgrad eines Hauptwachtmeisters der Wehrmacht wegen seiner Erlebnisse in Jugoslawien in Belgrad das Leben, weil er glaubte, die Schuld an dem Leid, das der Krieg Hitler-Deutschlands über Millionen Menschen brachte, nicht mittragen zu können. Prägend für mein weiteres Leben waren auch die entsetzlichen Erlebnisse in meiner Heimat, dem Südharz, wo bekanntlich die sogenannten V-Waffen in unterirdischen Stollen produziert wurden. Die furchtbaren und menschenverachtenden Bedingungen der Häftlinge des KZ-Außenlagers Dora habe ich selbst mitangesehen, da in meinem Heimatort Ellrich Außenlager mit tausenden von Häftlingen eingerichtet waren. Täglich wurden sie in großen Kolonnen durch die Stadt zum Bahnhof getrieben, nur notdürftig bekleidet, unterernährt, barfuß in Holzschuhen. Als die Zahl der zu Tode Geschundenen die Kapazität der Verbrennungsöfen überstieg, wurden sie auf großen Scheiterhaufen auf einem Berg in Ortsnähe verbrannt.

Diese erschütternden Erlebnisse als 13jähriger waren für mein ganzes Leben mitbestimmendes Handlungsmotiv.

In schlimmer Erinnerung habe ich

ebenso die Zerstörung von Nordhausen kurz vor Kriegsende durch anglo-amerikanische Bomberverbände - einer alten malerischen Stadt, ähnlich Wernigerode. Dort befand sich kein militärisches Objekt, aber tausende von Frauen und Kindern kamen in den Flammen um.

Diese unvergessenen Erlebnisse in den Kriegsjahren und in den schweren Jahren danach, die Erklärung geschichtlicher Zusammenhänge durch Menschen, die Faschismus und Krieg bewußt erlebt hatten, führten mich - wie die hier Angeklagten - in die Reihen jener, die sich zur Aufgabe stellten, grundlegende Lehren aus der verhängnisvollen Geschichte unseres Landes in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zu ziehen, ein neues, ein besseres Deutschland aus den Trümmern aufzubauen.

Das Erleben der Politik des Kalten Krieges und der damit verbundenen großen Gefahr, in einen alles vernichtenden Weltkrieg zu eskalieren, veranlaßten mich und Tausende andere, in den Reihen der bewaffneten Organe der DDR zu dienen. So wie auch die hier angeklagten Offiziere habe ich von der Pike an gedient, hatte vom Soldaten bis zum Offizier, später General, alle Dienstgrade inne. Ich war u.a. Gruppenführer, Zugführer, Kompaniechef, Stellvertreter von Kommandeuren, Verbandskommandeur und dann 10 Jahre Chef der Grenztruppen. Vier Jahre habe ich mit Erfolg an der Militärakademie „Frunse“ in Moskau studiert, später dann zwei Jahre an der Militärakademie des Generalstabes der Streitkräfte der UdSSR, der höchsten Bildungsstätte des Warschauer Vertrages. Ich war selbst Leiter des Lehrstuhls und der Fachrichtung Grenztruppen an der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden.

In meiner militärischen Laufbahn sind mir Funktionen übertragen worden, die in den Jahren des Kalten Krieges mit großer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens im Herzen Europas verbunden waren. Ich habe wie auch die hier Angeklagten Anteil daran, daß der Kalte Krieg nicht zu einem heißen wurde, daß Frieden blieb, und - Herr Vorsitzender - wir sind stolz darauf, in der ersten und einzi-

gen deutschen Armee gedient zu haben, die keinen Krieg führte. (...)

Offizieren, die es als Lebensaufgabe betrachteten, dafür zu sorgen, daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint, die Absicht zu unterstellen, Totschlagshandlungen organisiert oder billigend in Kauf genommen zu haben, ist aus meiner Sicht beleidigend, verletzt die Würde des Menschen, ist absurd. (...)

Ich darf hier nochmals in Erinnerung bringen: Von 1979 bis 1990 - also in 11 Jahren - erfolgte die Festnahme durch die GT von 2 905 Personen. Dabei wurde nur in 148 Fällen, also in 5,1 Prozent der Fälle, die Schußwaffe angewendet. Davon waren es in 107 Fällen ausschließlich Warnschüsse. In diesen 11 Jahren wurden leider auch 24 Personen verletzt und 17 Personen getötet.

Ich nenne diese Zahlen nur, um deutlich zu machen, daß sich die Angehörigen der GT sehr wohl ihrer hohen Verantwortung bei der Schußwaffenanwendung bewußt waren. Ich möchte hier nicht Tote oder Verletzte aufrechnen, zu groß ist der Schmerz der davon Betroffenen auf beiden Seiten. Als Offizier, der für tausende Menschen die Verantwortung trug, weiß ich aus eigenem Erleben, welch großes Leid mit der Verletzung oder dem Tod eines Menschen verbunden ist. Mich schmerzt der Tod jedes Grenzsoldaten, der im Dienst sein Leben lassen mußte, und ich bedaure, daß Personen beim gesetzwidrigen Versuch des illegalen Grenzübertretts Schaden an Leib und Leben erlitten. Ich möchte hier nochmals zum Ausdruck bringen: Dieses Leid war von den Angehörigen der GT nicht gewollt. Gegensätzliche Behauptungen und die Unterstellung, wir hätten es geduldet und die Soldaten angehalten, den Tod des Grenzverletzers billigend in Kauf zu nehmen, entsprechen nicht der Wahrheit. Leider ist es überall in der Welt so, daß beim Schußwaffeneinsatz aus vielen objektiven und subjektiven Gründen bedauerlicherweise Personen auch tödlich verletzt werden. Für mich ist es deshalb unverständlich, warum die Angehörigen der GT der DDR - und niemand sonst - dafür strafrechtlich verfolgt werden. □

Von der Gefahr, an seinem Geld zu ersticken

Die Sorgen der Milliardäre

Also, Leute, ich versteh' das wirklich nicht, das Gejammer von dem Eichel von wegen „kein Geld“ und deshalb immer „wir müssen sparen“ (beim „kleinen Mann“ und „Tante Lieschen“) und „Steuern erhöhen“ - neuerdings wegen des „Kosovo-Krieges“. Der Eichel ist Finanzminister - aber von den „Finanzen“ hat er offenbar keine Ahnung. Liest der denn nicht die FAZ, die „Zeitung für Deutschland“? Die hat mich jedenfalls in der Ausgabe vom 5. Juni darüber informiert, wie man heute ganz problemlos an die Milliarden herankommt. Also, als Laie kann man da wirklich nur staunen, wie einfach das ist. Schreibt doch die FAZ: „Immer mehr europäische Familienunternehmen mit Schwerpunkt in Deutschland sind dabei, ihre Firmen in Aktiengesellschaften umzuwandeln und einen Teil des Kapitals an die Börse zu bringen. Die ersten sind schon beinahe an dem vielen Geld, das sie mit den Aktienverkäufen erlösten, erstickt“.

Sieh' mal an, hätte ich gar nicht gedacht, wie gefährlich so viel Geld sein kann!

Die FAZ weiter: „Ratlos stehen sie dem Millionensegen gegenüber“. Ja, ehrlich, was sollen die, die ohnehin schon alles und noch mehr haben, mit so viel „Schotter“ machen - und mich fragen sie ja nicht?!

Und dann heißt es: „Es soll in Deutschland kürzlich eine Aktienplatzierung gegeben haben, bei der jeder der Großaktionäre fast eine ganze Milliarde in wenigen Tagen auf seinem Konto gutgeschrieben bekommen hatte“. Ja, Leute, 'ne eins mit neun Nullen auf meinem Konto, da hätte der „Rotfuchs“ aber satt „Futter“!

Die FAZ fährt fort: „Die Euphorie um die Aktie von Beate Uhse, die seit der vergange-

nen Woche nach der offiziellen Platzierung zu 7,20 Euro vorübergehend um das Vierfache in die Höhe kletterte, ist nur ein Beispiel jenes Aktienrausches, der heute den Markt mit Neu-Emissionen befallen hat“.

„Beate-Uhse-Aktien“ - da demonstriert die Realität, wie sehr der B.B. recht hatte, als er schrieb: „Geld macht sinnlich“.

Moral von der Geschichte, Herr Eichel: Alles dummes Zeug, wenn Sie uns erzählen: „Kein Geld da!“ Ohne einen Handschlag zu tun, außer ein paar Aktien von seiner Familienkutsche an die Börse zu geben, hat jemand über Nacht eine Milliarde auf dem Konto, wobei sogar die Gefahr besteht, daß er - in den Worten der FAZ - an seinem vielen Geld „erstickt“. Also, da bahnt sich ja unter den Kapitalisten geradezu eine „humanitäre Katastrophe“ an. Das muß verhindert werden - und der Eichel soll die im Etat fehlenden 30 Milliarden da holen, wo sie offensichtlich im Überfluß vorhanden sind, z.B. am „Neuen Markt“. Das geht nun nicht ohne Bruch der Eigentums-garantie des Grundgesetzes - aber davor darf man im Interesse des Gemeinwohls nicht zurückschrecken, nachdem man ja auch keine Skrupel hatte, das Grundgesetz zu brechen, um zur Verhinderung einer „humanitären Katastrophe“ im Kosovo einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu führen. P.S. Offensichtlich haben die „Schwarzen“ von der CDU und die „Besserverdienenden“ von der FDP schon recht, wenn sie immer behaupten, die „Roten“ von der SPD könnten „nicht mit Geld umgehen“. Beispiel ist der Schröder, Gerhard, selbst. Natürlich bekommt der jetzt ein paar tausend Mark im Monat mehr als vorher in Hannover. Aber - gemessen am Arbeitsaufwand - hat sich der

Wechsel nicht gelohnt. Die Sache ist nämlich die: Das Land Niedersachsen ist hochprozentiger Anteilseigner von VW. Zur Vertretung der Landesinteressen gehört der Ministerpräsident (jetzt der Sozialdemokrat Glogowski) traditionell dem Aufsichtsrat von VW an. Standesgemäßes Zubrot gewissermaßen, denn die Tätigkeit im Aufsichtsrat ist natürlich nicht ehrenamtlich. Und als der Schröder, Gerhard, Bundeskanzler wurde, mußte er auf sein Aufsichtsratsmandat bei VW verzichten. Womit ihm, wie sich jetzt herausstellt, ein echt lukrativer „Teilzeitjob“ an der Nase vorbeiging. Auf der VW-Hauptversammlung wurde nämlich unlängst beschlossen, die Vergütung für die Tätigkeit als Aufsichtsrat auf 120 000 DM im Jahr zu erhöhen. Der AR-Vorsitzende bekommt das Doppelte, sein Stellvertreter (traditionell der Gewerkschaftsmann!) das Anderthalbfache. In der Regel tritt der AR einer AG viermal im Jahr zu einer Sitzung zusammen. Selbst wenn man annimmt, daß bei einem Multi wie VW als „global player“ der Automobilindustrie die eine oder andere Beratung dazu kommt: Mit so wenig Arbeitszeit kann sich der Schröder, Gerhard, als Bundeskanzler keine zusätzlichen 120 000 Piepen beschaffen. Da muß man schon mal Verständnis dafür haben, daß er gelegentlich zu Werbezwecken für einen italienischen Modeschöpfer vor dem Fernsehen auf den Laufsteg geht. Vor allem, wo er jetzt auch noch auf eine Gehaltserhöhung freiwillig verzichtet hat. Also, von „Geld“ hat er offenbar wirklich keine Ahnung, obgleich sein Verhalten andererseits natürlich als Vorbild dient, wo wir doch alle sparen müssen...

Rolf Vellay

Sentenzen zu einer Sentenz

Affenwerdung des Menschen?

„Durch die elektronische Revolution in der Wirtschaft braucht das Kapital zu seiner maximalen Verwertung - anders als noch vor wenigen Jahren - immer weniger Menschen“, sagt Rainer Rupp (RF Nr. 15/99, S. 23). Damit jedoch bricht Marxens Kapitalanalyse wie ein Kartenhaus zusammen ... oder das Kapital selbst. Das Kapital kann gehen, um Marx wäre es schade.

Woher kommt die Illusion, das Kapital sei prädestiniert, Fehler, an denen andere gescheitert sind, in der hundert- oder gar tausendfachen Potenz ungestraft begehen zu dürfen - also nicht nur Gesetze der Geschichte nach Belieben aufzuheben, sondern gar außerhalb ihrer Gültigkeit zu existieren?

Die Kerngröße der Marx'schen Kapitalanalyse ist der „Wert“. Ohne ihn läuft nichts. Der Wert ist aber immer und ausschließlich das Produkt menschlicher Arbeit, und er ist es

mit historischer Gesetzmäßigkeit. Das Kapital, sagt Marx, ist ein gesellschaftliches - also ein menschliches und kein elektronisches - Verhältnis. „Wenn die ganze Klasse der Lohnarbeiter durch die Maschinerie vernichtet würde, wie schrecklich für das Kapital, das ohne Lohnarbeit aufhört, Kapital zu sein!“, sagt Marx. „Die Finanzaristokratie, in ihrer Erwerbsweise wie in ihren Genüssen, ist nichts als die Wiedergeburt des Lumpenproletariats auf der Höhe der bürgerlichen Gesellschaft“, bemerkt der Alte. Natürlich kann man heutzutage, wenn man an der richtigen Stelle sitzt und die notwendige Puste hat, Konten wie Luftballons aufblasen. Diese Luftballons werden vom Blasen immer größer, aber auch immer hohler ... bis sie platzen! Der Kapitalist kann nicht aufhören zu blasen, weil es ihm an der kritischen Selbstdistanz fehlt, derer es bedarf, um ab-

schätzen zu können, wann der Erfolg zur Katastrophe wird.

Außerdem: Geld ist kein Kapital, sondern allenfalls dessen Figur. Dem Kapital ist es egal, ob es sich durch menschliche Arbeit oder durch finanzielle Manipulationen vermehrt. Für den Verlauf der Geschichte hingegen ist es nicht egal! Lenin hat seinerzeit russische Ingenieure zu Krupp und Thyssen in die Lehre geschickt. Heute würde er sie eines solchen Ansinnens wegen vermutlich fragen, ob sie verrückt geworden seien, oder ihnen gar die standrechtliche Erschießung androhen. Denn so schamlos wie heute hat das Kapital noch nie zuvor seine absolute Nutzlosigkeit auf der einen und seine absolute Irrsinnigkeit auf der anderen Seite zur Schau gestellt. Ein Idiot, wer ihm applaudiert.

Wir halten die Euphorie - und wir erleben
Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von S. 17

gerade eine solche - bedenkenlos für ein Zeichen von Kraft, von Vitalität, von Überlegenheit und Unbesiegbareit. Doch jeder Neurologe weiß, daß die Euphorie des Paralytikers das untrügliche Zeichen für die Unaufhaltsamkeit seiner Agonie ist. Die bürgerliche Gesellschaft leidet unheilbar an Paralyse. Das Virus „Maximalprofit“ frißt ihr erbarmungslos jeden Anflug von Verstand weg ..., als dessen leibhaftige Verkörperung sie sich leidenschaftlich preist. Daß das Geld die Welt regiere, ist ein flotter Spruch des euphorischen Paralytikers, der nur dem Schein nach durch die Praxis bestätigt wird. Was die Welt tatsächlich regiert, sind die Gesetze ihrer Natur ... und Geld wächst nicht auf Bäumen!

Der Gebrauch des Begriffs „Revolution“ hat längst inflationäre Ausmaße angenommen. Alles, was eine irgendwie durchschlagende Wirkung erzielt, wird heutzutage „Revolution“ genannt. So auch elektronische Revolution! Dabei wird leicht übersehen, daß durchschlagende Wirkungen auch von Katastrophen erzielt werden - und zwar meist noch viel durchschlagendere. Aber heute kann eben nicht nur jeder seine Revolution haben, sondern auch ganz nach Belieben revolutionär sein - die Revolution ist privatisiert. So gibt es z.B. - dank Werbefernsehen - „revolutionäre Rasierapparate“, „revolutionäre Bügeleisen“ usw. Paralyse in fortgeschrittenem Stadium! Wer wagt noch, daran zu zweifeln?

Nimmt man diese sogenannte elektronische Revolution unter die Lupe, dann entdeckt man unter der turbulenten Oberfläche einen Kretin von seltener Häßlichkeit. Wir werden längst von der Maschine beherrscht, aber nicht, weil sie ein allmächtiges Monster wäre, sondern weil wir uns, getrieben von der primitiven Gier des bloßen Habenwollens, ihr sklavisch ausgeliefert haben. Wir sind nicht mehr in der Lage, mit den Maschinen umzugehen, weil wir jedes Verhältnis zu uns selbst und unserer Natur auf dem Altar des Profits geopfert haben.

In grenzenlosem Infantilismus schwätzt man sogar von „künstlicher Intelligenz“. Selbst einem simplen Bimetallstreifen, dessen Funktion sich jeder Schüler - wenigstens in der DDR - problemlos erklären konnte, wird heute unterstellt, intelligent zu sein. Das Gewäsch von der „künstlichen Intelligenz“ ist nur das Symptom des eigenen geistigen Ruins.

Was Rainer Rupp meinte, ist in Wirklichkeit keine Revolution, sondern vielmehr der Anteil der Arbeitslosigkeit an der Affenwerdung des Menschen. Der Mensch ist das Produkt seiner eigenen produktiven Arbeit. Die Vernichtung der schöpferischen Arbeit - egal, aus welchen Gründen auch immer - ist letztinstanzlich die eigentliche Ursache allen gesellschaftlichen Niedergangs. Auch des Krieges, wie dieses siehe Centurium - von Sarajevo bis Sarajevo - handgreiflich beweist. Nur dort, wo Menschen miteinander und füreinander arbeiten, hat der Krieg jedwede Grundlage verloren.

Rolf Bullerjahn

Am Rande bemerkt

□ Leo Montada, Psychologe aus Trier, hat laut ND vom 4. Mai Erstaunliches herausgefunden: Mehrere seit 1996 in den „neuen Ländern“ laufende Studien zum „Gerechtigkeitssinn“ hätten ergeben, daß der DDR in den meisten Bereichen bessere Noten gegeben werden als der BRD. Vor allem (aber natürlich nicht nur!) die Beteiligung der Frauen am Berufsleben, die Kindereinrichtungen, die Versorgung der Rentner sowie von zwei Dritteln bis drei Vierteln positiver beurteilt. Noch bis Mitte der 90er Jahre habe der größere Teil der neuen BRD-Bürger die DDR als „Unrechtsstaat“ bezeichnet. Seitdem habe sich im Denken der Ostdeutschen ein großer Wandel (!) vollzogen. Die Mehrheit beurteile nun selbst das Rechtssystem der DDR besser als das des Westens. Was hier ein offensichtlich über die Ergebnisse seiner eigenen Forschungen verblüffter Wissenschaftler bekanntgibt, bestätigt nur, daß das Sein doch das Bewußtsein beherrscht - anders ausgedrückt, daß die (kapitalistische) Wirklichkeit sich (wenn auch noch nicht in allen Bereichen) zunehmend im Denken der Menschen widerspiegelt. Und richtige Gedanken sind allemal die Voraussetzung zu richtigem Handeln ...

□ „... jeder Theater- oder Kinobesucher (oder Leser) erwartet von zeitgenössischer Kunst, daß sie sich mit Ideen auseinandersetzt, die seine Gegenwart bestimmen. Er möchte nicht unbedingt am detailgetreuen Kostüm, aber an den Geisteshaltungen und Handlungen seine Zeitgenossen erkennen. Er möchte, da er tagtäglich auf irgendeine Weise in weltumspannende Klassenaussagen einbezogen wird, Parteinahme erkennen, er möchte, daß Fragen aufgeworfen werden, die er sich selber stellt, möglicherweise - vom Kunstwerk ausgelöst - zum ersten Male, und er möchte Antworten finden. ... Manche reden und schreiben, als ginge es heute gar nicht mehr um die große weltbewegende Frage: Wir oder die anderen, als sei diese Frage längst und endgültig entschieden ..., als sei alles schon ausgedanden und abgetan, und als könne man deshalb auch die Literatur, die sich heute wie damals der Klassenaussagen verschrieben hat, als veraltet abtun.

Ich gehöre einer Schriftstellergeneration an, die von Bredel, Marchwiza, Weinert und Wolf, Becher und Brecht, von Anna Seghers und anderen beeinflusst ist. Viele von uns begreifen sich als Fortsetzer dieser Literatur, stehen zumindest in ihrer Tradition und wollen sie, zum Teufel, nicht verleugnen.“

Soweit - klar und unmißverständlich - der am 1.6.1924 in Jüterbog geborene Schriftsteller, Fernsehmann, Parteifunktionär, Neustrelitzer und Forst-Landwirtschaftsexperte Helmut Sakowski (im ND vom 10. 6. 73). Und Christel Berger schrieb einmal über Sakowski: „Im Auftrag der Klasse die Welt durchschaubarer zu machen ist die Aufgabe, der er sich die ganze Zeit über

verpflichtet fühlt. Das bedeutet für ihn: Lebensverbundenheit, Parteilichkeit und Suche nach Massenwirksamkeit.“

Wir gratulieren dem Schöpfer vieler unvergessener und unvergeßlicher Erzählungen, Romane, Theaterstücke, Hör- und Fernsehspiele - Die Entscheidung der Lene Mattke, Sommer in Heidkau, Wege übers Land, Die Verschworenen, Zwei Zentner Leichtigkeit, Daniel Druskat u.a. - herzlich zum 75. Geburtstag.

□ Vor 80 Jahren wurde Eugen Leviné ermordet. Der am 10. Mai 1883 in Petersburg geborene sozialistische Arbeiterführer nahm 1905 an der Revolution in Rußland teil, danach war er bis 1908 in Haft. Leviné ging nach Deutschland und wurde dort Mitglied der USPD und des Spartakusbundes. Er war Teilnehmer am Gründungsparteitag der KPD und an den Januarkämpfen 1919 in Berlin. Als Redakteur der „Roten Fahne“ in München wurde er zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Räterepublik gewählt; nach der Niederlage der Republik wurde er von der bürgerlichen Klassenjustiz verurteilt und am 5. Juni 1919 hingerichtet.

(Siehe auch Hansjörg Viesel: Literaten an der Wand, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt a. M. 1980, S. 411-469, und Eugen Leviné: Stimmen der Völker zum Krieg, Malik-Verlag, Berlin 1924.)

Vor 25 Jahren (am 18. Juni 1974) starb der sowjetische Marschall Georgi Shukow, und vor 75 Jahren (am 19. Juni 1924) wurde in Tscherepowtschina der belorussische Schriftsteller Wassil Bykau geboren.



B Ü C H E R - E C K E

□ Gegen eine Spende für den RotFuchs sind abzugeben (von jedem Titel steht nur ein Exemplar zur Verfügung):

Willi Bredel: Die Söhne. Roman. Nachwort: Alexander Abusch. Bibliothek fortschrittlicher deutscher Schriftsteller / Aufbau-Verlag, Bln. 1952. 454 S.

Willi Bredel: Unter Türmen und Masten. Geschichte Hamburgs in Geschichten. Weltkreis-Verlag, Dortmund 1981. 528 S.

Sengijn Erdene: Sonnenkraniche. Erzählungen. Aus dem Mongolischen übersetzt von Renate Bauwe-Radna. Verlag Volk und Welt, Berlin 1979. 240 S.

Romanführer. 20. Jhd. - Der deutsche Roman bis 1949. Romane der DDR. Hrsg. vom Kollektiv für Literaturgeschichte. Bd. 2, L-Z, Volk und Wissen, Berlin, 4. Auflage 1982. 544 S.

Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1984. 182 S.

Einige der in früheren RotFuchs-Ausgaben in der Bücher-Ecke angezeigten Titel sind noch erhältlich. Bei Interesse bitte nachfragen!

B Ü C H E R - S U C H D I E N S T:

Falls dereine oder andere Lesereinvergriffenes Buch sucht, bitte an die Redaktion wenden - nach Möglichkeit helfen wir bei der Beschaffung.

W. M.

Reporterskizzen (14)

Verblüffung in Baleizão

Im Sommer 1978 fuhr ich gemeinsam mit Helmut Sakowski, dem literarischen Weggefährten von Handlungen und Wandlungen in der Landwirtschaft der DDR, durch die südportugiesische Bodenreformzone des Alentejo. Dort hatten die mehrheitlich den Kommunisten folgenden Landarbeiter in einer klug geleiteten und stabsmäßig vollzogenen Aktion 1975 die Güter der meist ganzjährig abwesenden Latifundiários besetzt und in kollektive Bewirtschaftung übernommen. Rund 550 UCPs (Unidades Colectivas da Produção) besaßen auf dem Höhepunkt der Entwicklung fast 1,2 Millionen Hektar Land - ein Fünftel der Agrarfläche Portugals. Ihre Namen waren aussagefähig genug: „Roter Stern“, „Die Linke wird siegen“, „1. Mai“ und „Rote Nelke“ hießen die am erfolgreichsten vorankommenden Betriebe.

Diesmal steuerte ich meinen bei Genossen und Gendarmen in der ganzen Bodenreformzone - hier waren fast alle Kreise und auch die beiden Bezirkszentren Beja und Évora kommunistisch verwaltet - wohlbekannten roten Renault in das Dorf Baleizão, das nicht nur unter den Proletariern des Südens als Märtyrerdorf gilt. Hier erhebt sich auf einem Feldrain ein eindrucksvolles Monument von fast doppelter Mannshöhe: Hammer und Sichel aus rostfreiem Stahl. Dort, wo das weithin sichtbare Denkmal inmitten von Weizenfeldern leuchtet, ist im Mai 1954 Catarina Eufémia - eine junge Kommunistin, die den Streik der örtlichen Tagelöhner anführte - durch einen faschistischen Gendarmerieleutnant erschossen worden. Catarina, die seitdem überall im Alentejo besungen wird und deren sterbliche Reste heute in einem Ehrengrab auf dem Friedhof von Baleizão bestattet sind, trug im Augenblick der Bluttat das jüngste ihrer drei Kinder auf dem Arm und ein noch ungeborenes viertes im Leib.

Ich hatte Sakowski, den oftmals wortkargen Besucher aus dem Norden, während unserer Fahrt auf die Begegnung mit den Frauen und Männern aus Baleizão einzustimmen versucht. Doch als dann so an die sechzig Leute auf dem geräumigen Dachboden des wie die Gebäude ringsum weißgetünchten KP-Hauses versammelt waren und der hochgewachsene Gast aus der DDR gebeten wurde, sich kurz vorzustellen, wollte der Funke anfangs absolut nicht überspringen. Er sei Schriftsteller, begann der von weither gekommene Mann ein wenig spröde, und gehöre gar zum Vorstand seiner Innung. Das machte auf die meist analphabetische Zuhörerschaft keinerlei Eindruck. Schriftsteller? Die meisten, die da saßen oder standen, waren verblüfft. Sie konnten sich unter einer solchen Tätigkeit beileibe nichts Nützliches vorstellen. Schuster, Bäcker, Tischler, Schmitzer, Friseur - ja, das ergab einen Sinn. Aber Schriftsteller? Die meisten Genossen in dem hitzugesättigten Raum hatten wohl noch nie

ein Buch auch nur in Händen gehalten. „Avante“, die Wochenzeitung der PCP, und andere Verlautbarungen aus der Zentrale mußten den Älteren vorgelesen werden. Und selbst die Jüngeren waren - günstigstenfalls - nur bis zur sechsten Klasse der Pflichtschule gekommen. Sakowski mühte sich redlich ab. „Er ist von der PSUA der RDA, Genossen, Mitglied ihres Zentralkomitees!“, rief ich zur Unterstützung des Redners dazwischen. Nun wurde selbst einem Bücherschreiber spontan applaudiert. Das Eis war gebrochen. Südländische Wärme und Herzlichkeit traten an die Stelle von Reserviertheit. Die portugiesischen Begriffe PSUA und RDA - Kürzel für SED und DDR - übten im Land der Nelkenrevolution auf viele Menschen eine geradezu magische Anziehungskraft aus. So hinterließ das Treffen mit dem seltsamen Genossen, der sich einen derart unpraktischen Beruf ausgesucht hatte, am Ende Gefühle von Freundschaft und Solidarität.

Es war schon früher Abend, als wir unter dem „Geleitschutz“ etlicher Landarbeiter zu dem als Monte bezeichneten früheren Herrensitz der UCP „Terra da Catarina“ (Heimat Catarinas) aufbrachen. Dort erlebte Helmut Sakowski die zweite Überraschung dieses Tages. Im Schloß der geflüchteten Gutsbesitzer konnte man vom Fußboden essen. Es herrschte eine so mustergültige Ordnung, als habe der Baron das Anwesen gerade erst und nur für ein paar Augenblicke verlassen. Alles - die wertvollen alten Vasen, das kupferne Geschirr und die handgeknüpften Teppiche - befand sich an seinem Platz. Nun war Sakowski verblüfft. „Warum habt ihr die Dinge eigentlich nicht untereinander aufgeteilt?“, erkundigte er sich. „Das Bodenreform-Gesetz hat euch doch diese Besitztümer zugesprochen“, fügte er - vielleicht mit der düsteren Vorahnung von dessen späterer Rückgängigmachung - hinzu. „Wir wollen nur das Land, die Produktionsmittel. Den Rest lassen wir unberührt, wir sind doch keine Diebe“, erwiderte der Vorsitzende der fünfköpfigen UCP-Leitungskommission in einer Mischung aus revolutionärer Sicht und katholischer Ethik. Denn im Alentejo ist die Bevölkerung gläubig und zugleich antiklerikal. „Außerdem sind die Leute bei uns so arm wie eine Kirchenmaus. Schon ein gutes Bett kann da zur Scheidelinie zwischen Klassen-genossen werden...“, setzte der Leiter von „Catarinas Heimat“ seinen Gedanken fort. Als wir nach 22 Uhr in der niederalentejanischen Bezirksstadt Beja eintrafen (des nachts sollte dann ein schlaftrunken aufstehender Helmut Sakowski die schlecht montierte Wasserleitung seines Badezimmers vom Waschbecken reißen und damit nicht nur das eigene Quartier, sondern auch noch das Treppenhaus der Pension überfluten), verspürte der Literat aus Pälitzhof einen solchen Hunger, daß er mich dringend ersuchte, irgendwo etwas Eßbares aufzutreiben. Doch in dem Städtchen wirkte alles wie ausgestorben. Die wenigen Lokale

hatten längst geschlossen.

Da Sakowski aber auf der Stille seines Appetits beharrte, kam mir eine rettende Idee: Der Klub der BRD-Luftwaffenbasis Beja mußte noch aufhaben. Richtig getippt. Wir klingelten an der Pforte des flaggengeschmückten Häuschen. Bald darauf öffnete ein stämmiger Bursche den oberen Teil einer Sieben-Geislein-Tür. „Sie wünschen?“ „Wir hätten Lust auf ein gutes Wiener Schnitzel“, gab ich Auskunft. „Deutsche?“ „Ja, Deutsche“. Wir wurden zögernd eingelassen und nahmen in einem hellerleuchteten Raum vor dem Tresen Platz. Im Dunst der dunklen Bar nebenan thronten Chargen der Bundesluftwaffe und deren einheimische Kollaborateure - im roten Alentejo gewiß das „Feinste vom Feinen“ - auf den Hockern. Das Schnitzel, um das es uns bei dem waghalsigen Ritt ging, war ausgezeichnet, der Wein von gutem Jahrgang. Wenn nur der deutsche Wirt nicht gewesen wäre. Der war vermutlich ein Zuträger des MAD. Sofort begann er mit dem Verhör. „Darf man mal fragen...“ leitete er jeden seiner Sätze ein. Woher wir seien, wollte der Bonner Abwehrmann wissen. „Berlin“. „Ost oder West?“ Ich käme aus Steglitz... (Von dort war ich 1949 tatsächlich nach Ostberlin verzogen.) „Darf man mal fragen, was Sie beruflich machen?“ bohrte der Dicke hinter der Theke weiter. „Verlagswesen.“ „Welcher Art?“ „Wissenschaftliche Literatur.“ „Arbeiten Sie in Lissabon?“ „Ja“. Fest entschlossen, bei Fragen an den das Geschehen in stoischer Sprachlosigkeit hinnehmenden Helmut Sakowski auf dessen absolute Taubheit zu verweisen, bedeutete ich dem Wirt, daß ich sein Restaurant für eine öffentliche Gaststätte und nicht für ein Vernehmungslokal gehalten hätte. „Sie haben jetzt genug gefragt. Die nächsten drei Fragen stelle ich“, sagte ich scharf, um den Aushorcher dann auf ein anderes Gebiet zu lenken: die damals in Portugal wie eine Droge konsumierte brasilianische Telenovelle. Er ging auf das Spiel ein.

Nach dem Diner - wieder auf der Straße - brach Sakowski, zu dessen Fünfundsechzigsterrich diese Memoresken aufgeschrieben habe - in schallendes Gelächter aus. „Du bist ja ein Schauspieler“, lobte er meine Verstellungskünste. Er hatte, gut gesättigt, die Sprache wiedergefunden. (Ich besuchte den Autor, der meinen kürzlich verstorbenen Portugal-Reisegefährten und Freund Fritz Dallmann in den Rang einer literarischen Gestalt erhob, übrigens auch zum Sechzigsten, als er wegen seines aberwitzigen Löckens wider den Stachel der Obrigkeit - als Corpus delicti diente „Ein Vogel im Schwarm“ - für kurze Zeit zu einer Art „Unperson“ geworden war, aus der böswillige Tatsachenverdrehen und Sakowski-Gegner heute den Schluß ziehen, der überzeugte Sozialist sei ein „Opfer“ und ein Widerstandskämpfer gewesen.)

Klaus Steiniger

Von einem, der am 22. Juni 1941 in die KPD aufgenommen wurde

Der Tag des Überfalls

Ein strahlender Junitag in Moskau. Viele Menschen bummeln sommerlich bekleidet durch die Straßen, über die Plätze des Zentrums und durch die Parks, tätigen Einkäufe, erfreuen sich des sommerlichen Sonntags. Sonntag, nicht mehr „wychodnoi djen“ (freier Tag), den es in der Sowjetunion bis nach Kriegsbeginn 1939 fünfmal im Monat gab - im Zuge der zu Beginn des 1. Fünfjahrplans eingeführten Sechstageswoche mit dem 7-Stunden-Arbeits-tag.

In Westeuropa war Krieg. Die deutschen Faschisten hatten es außer England, Schweden und der Schweiz erobert. Im Bunde mit der Achsenmacht Italien und anderen Faschisten beherrschten sie den halben Kontinent. Wochen vor dem Juni 1941 hatten sie den Vielvölkerstaat Jugoslawien zerschlagen - die Parallele dazu zieht 58 Jahre später die USA-geführte NATO mit maßgeblicher Beteiligung des zur Zeit SPD-verwalteten deutschen Imperialismus.

Ob in den Köpfen der vielen jungen und älteren Moskauer auf Straßen und Plätzen an diesem Vormittag des 22. Juni 1941 der „weit weg“ geführte Krieg irgendeine Rolle spielte, weiß und wußte ich nicht. In mir jedoch brodelte alles vor Erregung und Wut, denn ich hatte den Nazi-Rundfunk abgehört und das Faschisten-Gegörle von den „jüdisch-bolschewistischen Machthabern im Kreml“, womit sie den im Morgengrauen begonnenen Überfall auf die Sowjetunion begleiteten, dröhnte mir noch in den Ohren. Diesen Nazi-Propagandabegriff hatten seit knapp zwei Jahren die Goebbels-Mäuler öffentlich nicht mehr ausgespielt. Auch in der Sowjetunion war zur gleichen Zeit kein Wort von „deutschen Faschisten“ und den Untaten der Nazis zu lesen und zu hören gewesen. Es gab den Nichtangriffsvertrag, dessen Notwendigkeit ich auch heute nicht bezweifle - nur eben gehörte zu seinen negativen Begleiterscheinungen, daß in der UdSSR Faschisten nicht mehr Faschisten genannt und deren Greuel nicht mehr bekannt gemacht wurden. Zwei Jahre sind eine relativ kurze Zeit, aber diese öffentliche politische Enthaltsamkeit wirkte doch bei den Sowjetbürgern fort, wie bald in vorübergehend faschistisch besetzten Gebieten des Landes festzustellen war.

Ich mußte an diesem Vormittag im Juni 1941 zumindest annehmen, daß die jungen Moskauer vorerst noch an alles andere als an den Krieg dachten. Warum sollten sie auch? Zwei oder drei Tage zuvor hatte TASS sinngemäß mitgeteilt, ... daß von Seiten Deutschlands kein Angriff auf die Sowjetunion vorbereitet wird oder geplant ist“ ...! Also, was soll's? Ist doch alles in Ordnung! Meine Anspannung war so stark, daß ich am liebsten hinausgebrüllt hätte: „Genossen, es ist Krieg! Die deutschen Faschisten haben uns überfallen!“ Doch niemand auf den Straßen wußte das, niemand war zu dieser Stunde des 22. Juni sowjetischerseits vom Angriff informiert. Der Rundfunk sendete sein ganz normales Programm, keine Verlautbarung, nicht ein Sterbenswörtchen.

Auch im Rayon-Militärkommissariat war vom Überfall nichts bekannt. Kein anderer junger Mensch dort, um sich als Freiwilliger zu melden. Es gelang mir, Genossen Wilhelm Pieck telefonisch kurz zu erreichen. Mein Anliegen war es, ihm mitzuteilen, daß ich mich als Jungkommunist freiwillig an die Front melden werde. Gleichzeitig beantragte ich, „daß nun, da auch die Sowjetunion im Krieg mit den Faschisten steht, die hier lebenden jungen deutschen Politemigranten - so wie Antifaschisten anderer von Hitler überfallener Emigrationsländer - die Möglichkeit erhalten sollten, endlich Mitglieder der Partei werden zu können“. Ich bat, mich nach achteinhalbjähriger Zugehörigkeit zum KJVD und zum Komsomol als Mitglied in die Thälmannsche KPD aufzunehmen. Dazu muß man wissen: Es gab damals einen Beschluß der KPD, in der Emigration keine neuen Mitglieder zuzulassen.

Um die Mittagszeit des Tages kam endlich eine Verlautbarung der Partei- und Staatsführung der UdSSR. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Wjatscheslaw Molotow, sprach über alle Sender. Per Lautsprecher wurde seine Rede auf Straßen und Plätze übertragen: „Krieg! Wortbrüchiger Überfall der deutschen Faschisten auf das Sowjetland! ...“ Das Rundfunkprogramm schaltete auf Marschmusik, Kampf- und Heimatlieder um, dazwischen spärliche, eigentlich nichtssagende Nachrichten aus den Grenzgebieten.

Ich kann nicht behaupten, daß von dieser Mittagstunde an sich Besonderes in den Straßen Moskaus ereignet hätte, mit dem Unterschied allerdings, daß sich immer wieder Menschengruppen unter den Lautsprechern sammelten und diskutierten. Auch waren etwas mehr Militäruniformen auf den Gehwegen zu sehen, aber flaniert und auch getanzt wurde auf den Plätzen weiter.

Wie in Kriegszeiten üblich, ging nun eine Bekanntmachung nach der anderen in den Äther. Im Rayon-Militärkommissariat stand in den frühen Nachmittagstunden eine kleine Schlange sich freiwillig Meldender. Am Abend kamen die ersten Gerüchte auf, wonach sich die Rote Armee bereits auf dem Marsch nach Warschau befände. Die Menschen warteten auf authentische Nachrichten, hatten eine ganz bestimmte und sehr verständliche Erwartung. Doch als dann abends zur Probe der erste Fliegeralarm von der starken Moskauer Luftverteidigung ausgelöst wurde, hatten wir vergeblich auf das „absolut Erforderliche“ - die Rundfunkansprache Stalins - gewartet! Diese kam erst 11 bis 13 Tage - genau weiß ich nicht mehr - nach dem faschistischen Überfall! Ich und nicht wenige andere empfanden das als viel zu spät!

Wir deutschen und österreichischen Genossen traten sofort miteinander in Verbindung, trafen uns mit sowjetischen, bulgarischen und weiteren Freunden, debattierten über die neue Lage - und ich möchte sagen, uns verließ ganz allmählich die seit Monaten unerträglich aufgestaute Spannung der spürbaren ernstesten

Bedrohung, die über dem Sowjetland und seinen Menschen gelastet hatte. Es war nicht möglich gewesen, gegen sie etwas Wirksames zu unternehmen. Nun schien alles klarer: Der Tag, der nach unserer Überzeugung hatte kommen müssen - der Tag des Krieges mit Hitlerdeutschland - war da. Jeder kannte ja die Ziele der Nazis und es gab eine vom 7. Weltkongreß der Komintern klar formulierte Einschätzung des Faschismus. Nur die Sowjetunion konnte ihm in Europa noch Einhalt gebieten und eine Niederlage bereiten.

Wie es mit der Vorbereitung der UdSSR auf den Krieg - vor allem ökonomisch und militärisch - stand, wußten wir natürlich nicht. Viel Hoffnung, aber auch Zweifel und daraus folgende Sorge gab es. Sorge, weil die jahrelangen Repressalien der Stalinschen Führung gegen treue Kommunisten, treue Sowjetbürger kadermäßig auf allen Gebieten Spuren hinterlassen hatten; große Lücken waren gerissen worden. Hoffnung, da teils Gerüchten zufolge, teils auf Ahnung beruhend, einige der verhafteten Stabs- und Kommandokader 1940/41, also in der Zeit des Nichtangriffsvertrages als der zu nutzenden Vorbereitungspause, in die Freiheit entlassen worden und in die Rote Armee zurückgekehrt waren. Zudem hieß es, der legendäre Panzer T 34 habe die Erprobungsphase erfolgreich bestanden und es gäbe schließlich auch mehr oder weniger geheimnisvolle Salvengeschütze. Das Sowjetland hatte sich langsam, aber spürbar erholt.

Hoffnung und Sorge hielten sich an diesem Tag unter uns damals Jungen ungefähr die Waage. Der Verlauf der Kriegshandlungen 1941/42 ließ dann die Sorge weiterbestehen, vom leichten Aufatmen im Winter 1941 wegen des Kampfverlaufs westwärts vor Moskau unterbrochen. Aber auch die Zuversicht, die Überzeugung vom Sieg in diesem durch den Überfall der Faschisten auf die Sowjetunion ausgelösten antifaschistischen Krieg, der alle Kommunisten der Welt entscheidend mobilisiert hatte, gewann in der weiteren Entwicklung immer mehr an Boden. Die gigantischen Anstrengungen führten schließlich zum Triumph der Roten Armee und aller Antihitlerkämpfer am 9. Mai 1945.

An dieser Stelle möchte ich hervorheben, daß zu diesem Sieg der jahrelange, unsäglich schwere, eine Vielzahl faschistischer Divisionen bindende und zerschlagende Kampf der Völker Jugoslawiens mit ihren eigenen Partisanenarmeen unter Führung der Kommunistischen Partei entscheidend beigetragen hat.

Es sei mir zum Schluß noch eine knappe Bemerkung in eigener Sache gestattet: Eine besondere Freude in schwerer Zeit erfuhr ich durch die Mitteilung, daß meinem fernmündlichen Antrag bei Genossen Wilhelm Pieck auf Mitgliedschaft in der KPD von der deutschen Sektion der Komintern mit Wirkung vom 22. Juni 1941 zugestimmt worden war. Das gab diesem Tag für mich noch eine besondere Bedeutung.

Harry Schmitt

Briefe an „RotFuchs“



Gut, daß es im bürgerlich „wiedervereinigten“ Deutschland noch Marxisten und Leninisten gibt.

Robert Medernach, Luxemburg

Habe mich riesig gefreut und danke Euch herzlich für die zwei „RotFüchse“ und die Kampfesgrüße. Einiges hatte ich schon gelesen, Artikel, die mir Genossen aus Wien schickten. Das hat Appetit gemacht.

Klarheit in den verwirrten Köpfen zu schaffen ist schwer genug. Wie sich Großdeutschland gebärdet, wohin die Welt driftet, wenn es keinen Widerstand gibt - das muß in die Köpfe. Nicht immer wird die Wahrheit, die in klarer Sprache daherkommt, gleich geschluckt. Aber anders geht es nicht.

Ich wünsche Euch viel Kraft und viele Leser. Ihr werdet gebraucht!

Mit herzlichen kommunistischen Grüßen
Margot Honecker, Santiago de Chile

Dem Beispiel meiner früheren großen Mitgefängnisse (Fritz Streletz und Heinz Käßler) folgend, habe ich Ende Februar einen Antrag auf „Halbstrafe“ eingereicht, war mir aber ziemlich sicher, daß er abgelehnt wurde. Ich hatte extra darauf hingewiesen, daß mein Antrag weder als Gnadengesuch noch als Schuldeingeständnis aufzufassen ist. Am 18. Mai war ich zur Anhörung vorgeladen. Es war genau der Tag, an dem ich die Hälfte meiner Gesamtstrafe abgesessen hatte. Das Gespräch dauerte etwa 20 bis 25 Minuten. Auf eine entsprechende Frage habe ich erklärt, daß ich die Anklage, das Verfahren und auch die Strafe nach wie vor als rechtlich fragwürdig betrachte; daß ich mich damit zwar abgefunden, aber auch mit einer Beschwerde an die UNO-Menschenrechtskommission gewandt habe.

Am 26. Mai erhielt ich den schriftlichen Bescheid der Justizbehörden, daß ich am 15. Juni entlassen werde und der Strafreis für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wird. (...)

Wir wollen uns danach etwas erholen und den weiteren Verlauf des Sommers auf Tour gehen, um uns in den Zentren der Solidarität - von Strausberg bis Suhl - persönlich zu bedanken. (...)

Ein Teil der Beamten freut sich schon auf meinen Abgang, denn die viele Post und die vielen Besucher haben sie mitunter gestreßt.

Karl Leonhardt, Berlin

Wir gratulieren unserem Leser - dem treuen Kommunisten Generalleutnant a.D. Karl Leonhardt - zu seiner Haftentlassung und sind

davon überzeugt, daß er sich - wie von der Justiz gefordert - auch in Zukunft bewähren wird.

Redaktion „RotFuchs“

Liebe „RotFuchs“-Genossinnen und -Genossen, ganz herzlichen Dank für die Zusendung der Mai-Ausgabe. Unter den zahlreichen Publikationen, die ich zu lesen bekomme, greife ich stets zuerst zum „RotFuchs“, wenn er im Briefkasten steckt - und immer hat es sich gelohnt, ihn zuerst zu lesen. Ich schätze an den Beiträgen ihren klaren und eindeutigen Klassenstandpunkt sowie die marxistisch-leninistische Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Prozesse. Die Zeitung der DKP-Gruppe Berlin Nordost ist ein Gewinn für die gesamte Partei.

Manfred Karras, Woltersdorf

Liebe „RotFüchse“, als gebürtiger Vogtländer und in Sachsen aufgewachsen, lebe und arbeite ich jetzt im Schwarzwald, weil ich in meiner „Heimat“ Berufsverbot erhielt. Daß ich auch im tiefen (schwarzen) Süden nicht auf die manipulierten Informationen bürgerlicher Medien angewiesen bin, verdanke ich im allgemeinen dem ND und im besonderen meiner Tante B., die mir regelmäßig den „RotFuchs“ zukommen läßt. Eure Beiträge sind oft konkreter, offener und kämpferischer. Wohltuend für mich ist, daß Ihr Euch zu denen bekennt, die den Sozialismus in der DDR aufbauten und schützten, während man sie anderweitig als Altlast empfindet und wie heiße Kartoffeln fallen läßt. Ich hoffe, Onkel P. stimmt mir zu. Anbei ein paar Briefmarken. P.S. Ich bitte, im Falle einer Veröffentlichung Nachnamen und Adresse wegzulassen.

Tilo, S.

Vielen Dank für die Grüße des „RotFuchs“ an unsren „Thüringenreport“. Auf Eure Zeitung könnt Ihr wirklich stolz sein. Es macht uns Thüringern immer wieder Freude, von Euch zu hören. Leider fehlt der UZ noch die informative Seite und dies besonders für den Osten.

Gut ist auch, daß sich viele „alte“ und erfahrene Genossen durch Eure Arbeit um die DKP sammeln, uns unterstützen, sogar Mitglieder werden. (...)

Horst Huther, Erfurt, Vorsitzender der DKP Thüringen

Mit viel Genuß habe ich die letzte Nummer gelesen und hoffe, daß der „RotFuchs“ nach und nach Tiefenwirkung erzeugt, die uns weiterbringt. Anbei übermittle ich Euch ein Zeitungsdokument, das sicher nicht alltäglich für unser gelobtes Land sein dürfte. (...) Die mit fast 300 000 Auflage größte bürgerliche Zeitung Nordhessens, die „Hessische Niedersächsische Allgemeine“ veröffentlichte zum Thema

„50 Jahre Bundesrepublik“ sechs Pro-Stellungnahmen politisch Prominenter von SPD, CDU und FDP aus Kassel. Unter ihnen waren auch die von Hans Eichel und Holger Börner. Neben ihnen brachte das Blatt - mit gleicher Zeilenanzahl - eine Stellungnahme von mir - einem hier sehr bekannten Kommunisten. In dem Bericht über das Interview mit mir heißt es: „Ich bin Kommunist“, sagt der 84jährige Willi Belz. Der Kasseler Autor, der 1933 wegen seiner Arbeit für die KPD von den Nationalsozialisten verhaftet wurde, kann dem System der Bundesrepublik nichts Positives abgewinnen. Belz meint, daß die Bundesrepublik „vorrangig von einer Oberschicht weniger Industrie- und Bankherren beherrscht wird“ (...). Belz schätzt auch nur einen Politiker als herausragende Persönlichkeit: Altbundespräsident Gustav Heinemann, der sich der Remilitarisierungspolitik Adenauers demonstrativ widersetzt und damit „Signale für eine breite Friedensbewegung“ gesetzt habe.

Willi Belz, Kassel

Wir gratulieren Genossen Willi Belz, der in seiner Region seit und je wie ein „Fels in der Brandung“ steht, zu seinem publizistischen Erfolg.

Redaktion „RotFuchs“

Die geradezu domestikenhafte Untertänigkeit der SPD unter alle Vorgaben der NATO wirft die Frage auf, seit wann sie diese Einstellung eigentlich praktiziert. Dazu müssen wir etliche Jahrzehnte zurückschauen. Die nachstehenden Informationen verdanke ich meinem alten Freund Pastor Arnold Haumann in Dortmund, der sich auch im Ruhestand unermüdlich in linker politischer Arbeit betätigt. Wir kennen uns aus der Gesamtdeutschen Volkspartei Gustav Heinemanns, für die er Mitte der 50er Jahre so etwas wie ein ehrenamtlicher Generalsekretär war. Das enttäuschende Ergebnis der Bundestagswahl 1953 und einiger Landtagswahlen (in Baden-Württemberg gab es in einzelnen Wahlkreisen allerdings erstaunlich positive Ergebnisse, sodaß die Möglichkeit der Erringung eines Direktmandats durch Heinemann in Freudenstadt bestanden hätte, worauf sich der Bundestag sehr beeilte, die Zahl der bei Unterschreiten der 5-Prozent-Hürde erforderlichen Direktmandate auf drei zu erhöhen!) stellte die Frage des Weiterbestands der Partei. (...) Es gab verschiedene Ansichten über das weitere Geschick der GVP. Einige Präsidiumsmitglieder plädierten für den Eintritt in die SPD, zu der Erhard Eppler bereits übergelaufen war. Heinemann zeigte sich von dieser Aussicht nicht sonderlich begeistert. Seine historischen Kenntnisse über die Sozialdemokratie waren eher kritischer Natur. (So mußte er von seinem alten Freund Adolf Scheu regelrecht „zum Jagen getragen“ werden.) Zuvor aber bekam Adolf Haumann den Auftrag, bei Herbert Wehner vorzufühlen, ob die GVP von der SPD nicht nach dem Vorbild der nordrhein-westfälischen Zentrumsparterie „in Obhut genommen“ werden könnte. Haumann holte sich dabei eine Abfuhr. Wehner erklärte ihm kurz und bündig, die SPD werde sich schrittweise dem Standpunkt einer Zustimmung zur

NATO annähern, weil sie sich dadurch eine größere Akzeptanz bei den Wählern erhoffe. Sie löste sich also von früheren Versprechen. Die GVP beschloß im Mai 1957 die Selbstauflösung und empfahl ihren Mitgliedern den Übertritt zur SPD, was aber nicht alle taten. (Zu diesem Zeitpunkt befand ich mich bereits in halbes Jahr wegen Gefährdung meiner persönlichen Sicherheit in der DDR.)

Arnold Haumann erklärte Gustav Heinemann, daß er nicht bereit sei, der SPD beizutreten. Deren Umfallen in der NATO-Frage lasse für die Zukunft nichts Gutes erwarten.

Gerhard Moest, Leipzig

Das Vorhaben der Justiz, die Genossin Irmgard Jendretzky einzusperren, kann nur Abscheu hervorrufen. Eine Frau mit 81 Jahren nach Tegel zu schicken, ist ein politisches Verbrechen und hat mit Menschlichkeit wirklich nichts zu tun. Hierbei zeigt sich die ganze Arroganz und Überheblichkeit uns gegenüber. Mit aller Macht der Siegerjustiz wollen sie uns demütigen und ins politische und soziale Abseits stellen. Doch das wird ihnen nicht gelingen. Dafür sorgt auch Ihr mit Eurem Kollektiv, wofür man Euch nur Dank sagen kann. Das zu tun bin ich von meinen hiesigen Mitstreitern extra beauftragt worden.

Heinz Handke, JVA Hakenfelde

Ich möchte Euch allen für den „RotFuchs“ danken, den beiden András dafür, daß die Zeitung immer im richtigen Augenblick kommt, auch den vielen guten Autoren, deren Texte helfen. Heute wieder; ich hatte die „Schnauze gestrichen voll“, da gab mir der „RF“ den richtigen Schub: mach weiter! (...)

Feedback, wie es neudeutsch heißt, gibt es nicht, fast keinen Genossen, mit dem man Gedanken austauschen kann, ohne bei kritischen Fragen auf Schweigen zu stoßen oder das „Nachplappern“ dessen zu hören, was man in den „Materialien“ liest. (...)

Ich habe den Eindruck, daß bei uns viele Genossen das ND und die BILD lesen. Manchmal läuft die Galle über, und dann schreibe ich einen Brief. So z.B. am 8. Mai an Genossen Bisky. Der Telefonanruf eines persönlichen Mitarbeiters danach schockierte mich allerdings. Wie das gemeint sei, mit „Schlingerkurs“ und so, wollte er wissen. Nach meinen Erläuterungen meinte er u.a.: „Daß die PDS jemals eine Partei wird, die den Marxismus als Grundlage hat, wird niemals sein, denn sie ist eine von Grund auf pluralistische Partei“. (...)

Nun hab ich mich mal ausgequatscht, das tut auch gut.

Günter Werzlau, Schwedt

Brigitte Kloß äußert sich in der Mai-Ausgabe des „RotFuchs“ zur „Negativbewertung“ der PDS. Sie schlägt vor, sich auf die „Kriegspolitik der SPD“ zu konzentrieren und deren Gefährlichkeit „aus historischer Sicht“ nachzuweisen. Zunächst möchte ich der Schreiberin, die zu-

gleich ihre Solidarität mit dem „RotFuchs“ bekundet, für diese Meinungsäußerung Dank sagen. Sie regt an, darüber nachzudenken, wie Zusammenhänge zwischen Revisionismus und sozialdemokratischer Aggressionspolitik tiefergehend dargelegt und Ursachen herausgearbeitet werden können. Vielleicht haben wir noch zu wenig getan, um das hervorragende theoretische Werk Kurt Gossweilers „Wider den Revisionismus“ (München 1997) zu nutzen; um deutlich zu machen, daß mit der Jugoslawien-Aggression eine neue Etappe des Imperialismus beginnt, bei der die Sozialdemokratie einen qualitativ neuen Beitrag zu dessen Systembehauptung leistet.

Aber die Beschäftigung mit der SPD bringt zwangsläufig auch gewisse Parallelen zur sozialdemokratisch orientierten Gesamtpolitik der PDS-Führung ans Licht, die wir nicht verschweigen können. Auf bestimmte Entwicklungen muß gerade aus geschichtlicher Erfahrung mit der SPD warnend hingewiesen werden. Die Auseinandersetzung mit den Reformisten und Revisionisten an der PDS-Spitze ist aus meiner Sicht die wichtigste Form der von Brigitte Kloß eingeforderten Unterstützung für die PDS, genauer gesagt ihrer progressiven und anti-imperialistischen Kräfte. Mein Beitrag „Janusköpfe sagen Jein“ hat die Zwiespältigkeit des Auftretens maßgeblicher PDS-Politiker ausgeleuchtet und zugleich unsere Solidarität mit allen am gemeinsamen Ideal festhaltenden PDS-Genossen unterstrichen.

Dr. Gerhard Feldbauer, Poppenhausen

Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Als Kommunist freue ich mich, daß der „RotFuchs“ dieses Signal auf Seite 1 setzt. Richtig, Genossen!

In der BRD als „staatsnah“ eingestuft, seit dem Eintritt ins Rentenalter wie tausende meiner Genossen und Freunde „freiheitlich-demokratisch“ und „rechtsstaatlich“ unter dem Sozialhilfeniveau abgespeist, kämpfe ich in der Solidargemeinschaft ISOR e.V. seit 1991 gegen das Rentenstrafrecht. Wir erhalten auch Unterstützung aus dem Ausland - vor allem von unseren Kampfgenossen in der Ukraine und in Rußland. So haben die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges der Ukraine und der Rat der Veteranen der Zweiten Ukrainischen Steppfront und der Transbaikalfrent aus Rußland wirksame Hilfe geleistet. Ihre Proteste gegen die Verletzung von Menschen- und Eigentumsrechten ehemaliger Angehöriger des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR an das UNO-Menschenrechtszentrum in Genf blieben auch in Karlsruhe und Bonn nicht ungehört. So hat die Losung „Waffenbrüder - Klassenbrüder“ ihre Bestätigung gefunden, auch wenn es die Sowjetunion und die DDR nicht mehr gibt. Kommunisten, Freunde - unser Kampf geht weiter! Jetzt erst recht!

Karl-Heinz Reinhardt, Leipzig

Erst einmal Dank an Euch für die regelmäßige Zusendung des „RotFuchs“. Er ist ein hervor-

gehendes Beispiel für kommunistischen Journalismus in heutiger Zeit. Anbei einige Materialien von uns. Wir können und wollen unsere DKP-Zeitung „Wandsbek Links“ natürlich nicht mit dem „RotFuchs“ vergleichen, weil unsere Aufgabenstellungen und Zielgruppen zu unterschiedlich sind. Wir orientieren uns auf die linken Kräfte (bis auf die SPD und die GAL/Regenbogen) in unserem Stadtbezirk und die Politik vor Ort. Daß wir mit dieser Orientierung richtig liegen, zeigt sich daran, daß der Hamburger Verfassungsschutz in seinem gerade veröffentlichten Jahresbericht 1998 vor „WL“ ausdrücklich warnt. (...)

Der Gegner hält es für gefährlich, daß wir uns nicht mit uns selbst beschäftigen, sondern in gemeinsamen und parallelen Aktionen gegen die Politik der Großen Koalition in Wandsbek und die sozialdemokratische Vollzugspolitik für das Kapital antreten und dabei auch offen sind für Sozialdemokraten.

Wolfgang Runge, Hamburg

Ich habe in der UZ vom 30.4.1999 auf Seite 16 den Leserbrief von Klaus Steiniger (zu Jugoslawien) gelesen. Für seinen Standpunkt habe ich Sympathie. Dieser Standpunkt - besonders die Haltung gegenüber dem rechtmäßigen und gewählten Präsidenten Jugoslawiens - ist eines Kommunisten würdig.

Lothar Häupl, Dresden

Der „RotFuchs“ hat meines Erachtens zwei prinzipielle Mängel: Erstens erscheint er nur monatlich, kann demzufolge bei sehr interessantem, wichtigem und in gutem Deutsch abgefaßtem Inhalt nicht so aktuell zu Tagesfragen sprechen, wie es not tut. Zweitens ist es die viel zu geringe Auflage, die seine agitatorische und propagandistische Wirkung auf einen recht begrenzten Kreis beschränkt; wenn man bedenkt, daß die meisten Leser ohnehin kommunistisch überzeugt sind, so ist die Wirksamkeit noch mehr eingeengt. Den „frommen Wunsch“, das freundliche Tier als Tages- oder wenigstens Wochenzeitung mit einer Auflage von zig tausend Stück zu sehen, kann man wohl vorerst nicht verwirklichen. Als Hauptursache sehe ich den Geldmangel an. Vom Inhalt her dürfte es, wenn ich mir das Urteil erlauben darf, keine Probleme geben.

Daher schlage ich vor (es handelt sich um einen persönlich und ohne fremde Hilfe entwickelten Verbesserungsvorschlag, den Ihr in meinem Namen oder auch mit beliebiger Beteiligung verbreiten könnt), einen Fuchs-Förderverein (FFV) ins Leben zu rufen, dem sich alle Fuchs-Freunde (FF) in einer losen und inoffiziellen Gruppe anschließen sollten. Jeder FF sollte sich zu einem monatlichen „Fuchs-Beitrag“ verpflichten. Er erhält dafür regelmäßig ein bis zwei Exemplare des RF, die er lesen, weitergeben und in Diskussionen anwenden sollte. (...)

Ich bin bereit, als zweiter (als erste kommt meine Frau in Betracht), dem FFV beizutreten.

Dr. Peter Tichauer, Berlin

Mein ehemaliger Lehrer-Kollege Werner J. gab mir zwei Ausgaben des „RotFuchs“ zum Lesen. Meine Frau und ich fanden sie äußerst interessant und auch ganz im Sinne unserer eigenen Auffassungen. Die Einschätzung des „Kosovo-Krieges“ ist eine treffende Kurzfassung der historischen Wahrheit, die uns helfen wird, dem Wirrwarr in manchen Köpfen noch besser zu begegnen. Unsere Möglichkeiten beschränken sich auf Gespräche. Wir wären sehr interessiert, die weiteren Ausgaben zu erhalten. Anbei ein vorläufiger Unkostenbeitrag von 50 Mark.

Werner Nötzold und Frau Marianne, Geithain

Vielen Dank für die prompte Zusendung des „RotFuchs“. Erst vor kurzem wurde ich Mitglied der DKP und habe nun wieder meine politische Heimat gefunden. Durch den Eintritt wurde ich auf das regelmäßige Erscheinen des „RotFuchs“ aufmerksam. Inzwischen habe ich vier Ausgaben gelesen und festgestellt: Mit den Beiträgen kann ich mich identifizieren; man findet seine eigenen Gedanken zu den Ereignissen der Zeit wieder.

Besonders die Äußerungen zum Krieg gegen Jugoslawien zeigen, wie einzig sich Autoren und Leser in dessen Einschätzung sind. (...)

Wegen der Entwicklung in jüngster Vergangenheit wünsche ich mir, daß viele „RotFuchs“-Leser auch den Weg in die DKP finden mögen, und daß sich alle kommunistischen Parteien dieses Landes endlich vereinigen. Nur gemeinsam könnte eine wirklich einflußreiche linke Kraft entstehen. (...)

P.S. Beiliegend vorerst einige Briefmarken. Sollte eine Geldüberweisung auf ein Konto möglich sein, bitte ich um die Mitteilung der Bankverbindung.

Inge Wick, Stendal

Von guten Freunden erhielt ich die April- und die Mai-Ausgabe des „RotFuchs“. Dafür bedanke ich mich. Ich freue mich, mit Eurer Redaktion Verbindung aufnehmen zu können. Eure Sprache gefällt mir und der Inhalt entspricht meiner Anschauung von der heutigen Welt. Eure Mitarbeiter erzeugen und festigen Klassenstandpunkte, so wie wir sie uns in langen Klassenkämpfen erarbeitet haben. Macht weiter so - dazu meine besten Wünsche. Als Sympathisant möchte ich ständiger Leser Eurer Zeitschrift sein. Ich werde weitere Freunde gewinnen. Als Unterstützung lege ich 30 Mark bei.

Friedrich Morche (Strafrentner), Baßdorf

Herzlichen Dank für die regelmäßige Übersendung des „RotFuchs“. Wir lesen ihn mit großem Interesse, seine Sprache ist erfrischend. Für Eure weitere Arbeit anbei 30 DM in Briefmarken.

Maria und Hans Aschmutat, Berlin

Der jüngste „RotFuchs“ steht voll auf dem Qualitätsniveau, das inzwischen erreicht wurde. Ich habe von Beziehern, denen ich unser Blatt zugänglich machte, die Bestätigung erhalten, daß der RF stets in einem großen Kreis von Mitlesern die Runde macht und allgemeine Anerkennung findet. Der umfangreiche Leserbriefteil in den letzten Ausgaben spricht ja Bände, auch was den interessierten und interessanten Leserkreis betrifft. Unser „Blättchen“ gewinnt immer mehr an politischer Statur!

Dieter Itzerott, Torgau

Norbert Pauligk wirft in seinem Artikel „Die Lektion eines Kapitalisten“ zwei Probleme auf. Erstens. Die Analyse der Akkumulation in Ost und West, die Verwendung ihrer Mittel und die ideologische Widerspiegelung ihrer Ergebnisse in den Köpfen der Menschen. (...)

Eine bloße Analyse von Prozessen läßt lediglich deren Ablauf erkennen. Unterschiedliche Ziele - und der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß im Sozialismus dient zweifellos anderen Zielen als der kapitalistische - erfordern aber auch unterschiedliche Prozeßabläufe. Es ist folglich erst einmal zu bestimmen, welche Ziele der Sozialismus hat, und infolge dessen zu fragen, welcher gesellschaftliche Reproduktionsprozeß, welche politische Ökonomie deren Erreichung garantiert. Sozialismus erschöpft sich mit Sicherheit nicht nur im Gemeineigentum an Produktionsmitteln; es kommt auch darauf an, was man mit ihnen anstellt.

Zweitens. Die Ideologie der Massen und ihre Rolle als sozialer Träger zur Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Es handelt sich dabei um einen Widerspruch, da sich eine sozialistische Ideologie erst auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse herausbildet. (...) Richtig ist Pauligks Erkenntnis, daß der Sozialismus die Massen als soziale Träger erfordert; geht es doch um deren ureigenste Interessen. Nur, wie soll der Sozialismus aussehen, wie soll das gesellschaftliche Leben in ihm funktionieren, was soll von den Massen geschaffen werden? Die in den sozialistischen Ländern entstandenen Lebensverhältnisse wurden jedenfalls in einer Reihe dieser Länder von den Massen am Ende nicht als verteidigungswert empfunden. Das ist eine geschichtliche Tatsache.

Auch der historische und dialektische Materialismus gibt auf die o.g. Fragen keine erschöpfenden Antworten. Die Menschheit wird wohl im Interesse ihres Überlebens eine ihr insgesamt gerecht werdende Gesellschaftskonzeption auf wissenschaftlicher Grundlage, also unter Einbeziehung aller Wissenschaften, entwickeln müssen. Derrn, was die Menschen tun sollen, muß erst einmal durch ihre Köpfe gehen.

Wie sagt Branstner? Es geht heute nicht mehr darum, in welcher Gesellschaftsordnung die Menschheit besser lebt, sondern darum, mit welcher Gesellschaftsordnung sie überlebt.

Fred Engels, Berlin

Für die Zusendung des „RotFuchs“ danken wir herzlich. Es ist wohlthuend, in einer Zeit der Heu-

chelei und der stark manipulierten Informationen der Medien Klartext zu lesen!

Anbei ein Unkostenbeitrag von 20 DM.

Wolfram und Erika Lebede, Weimar

So gerne ich die Sachen vom Huar lese und so notwendig die Erörterung der Frage des Auftretens von Kommunisten in Parlamenten ist - die bloße Wiederholung von Binsenweisheiten, mit denen wir ja alle einverstanden sind, führt uns nicht weiter. Natürlich hat niemand von uns etwas dagegen einzuwenden, wenn er schreibt: „Es geht konkret darum, daß Opportunismus weder hier noch dort zu dulden ist. Seine Träger dürfen die Partei nicht führen und zugrunderichten“. Nur, das stand in jedem Lehrbuch, abgeleitet von den Klassikern. Generationen von Kadern haben es eingetrichtert bekommen. Und was war das Ergebnis? Also ist uns mit dem plakativen Wiederholen dieser richtigen Forderungen nicht gedient. Wir müssen dahinterkommen, warum die Opportunisten trotz aller richtigen Einsichten und in Kenntnis der Gefahr am Ende die Oberhand gewonnen haben.

Rolf Vellay, Datteln

Liebe „RotFuchse“, möchte mich für die Zusendung Eurer interessanten und argumentativen Zeitung bedanken. Anbei 30 Mark in Briefmarken.

Lothar Hilbert, Langenbogen

„Nicht die Bundeswehr-Soldaten sind die ersten deutschen (!) Militärs der Nachkriegszeit, die in den Krieg ziehen. Es waren NVA-Soldaten, die der Roten Armee beim Prager Frühling 1968 (!) in der ČSSR den Rücken freihielten.“ Das behauptet das angeblich unabhängige, in Berlin gratis verteilte Blättchen „15 Uhr aktuell“. So werden die Leser irreführt.

In diesem „Prager Frühling“ hatten maßgebliche Politiker der ČSSR die Verbündeten der sozialistischen Tschechoslowakei wegen einer drohenden Konterrevolution zu Hilfe gerufen. Immerhin war die ČSSR Mitglied des Warschauer Vertrages!

Aber haben jemals NVA-Bomber oder andere Flugzeuge des Warschauer Vertrages Raketen auf Prag oder andere Städte eines souveränen Staates abgefeuert, die Infrastruktur zerstört, tausende von Menschen getötet, Umwelt und Atmosphäre verseucht?? Die NATO hat sich als internationale Verbrecherorganisation auf höchster Ebene entlarvt.

Die Menschen sollen von den Medien manipuliert und daran gewöhnt werden, daß Aggressionen etwas ganz Normales sind. Deshalb wird die historische Wahrheit auf den Kopf gestellt.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Herzliche Glückwünsche

Fast ein Jahrhundert im Dienste des Sozialismus! Am 2. Juli 1999 wird der Nestor der Berliner DKP, der standhafte Kämpfer für die kommunistische Sache, erfahrene Lehrer und liebenswerte Mensch, unser

Genosse BRUNO LAUB,
erst 97 Jahre alt.

Herzlichen Glückwunsch!
DKP-Nordost und „RotFuchs“-Redaktion

Im faschistischen Zuchthaus und als Interbrigadist in Spanien, an vielen Brennpunkten des Aufbaus der DDR und als Berater der kubanischen Regierung, als Hochschullehrer und nie ermüdender Tausendsassa des Klassenkampfes hat er sich für den Kommunismus geschlagen.

Prof. Dr. Dr. FRED MÜLLER
vollendet am 8. Juli 1999
sein 87. Lebensjahr.

Es gratulieren DKP-Nordost und „RotFuchs“

CHRISTIAN und HELGA sind älter
und weiser geworden!
Eine herzliche Umarmung!

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (VISED):

Dr. Klaus Steinger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä,

Eberhard Bock

Matthias Bublit

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Sigmar Eßbach

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Katrin Hellwig

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Frank Mühlfeldt

Dr. Norbert Pauligk

Rainer Rupp

SHAHAR

Harry Schmitt

Karl-Eduard v. Schmitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Dr. Hans-Günter Szalkiewicz

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Der strahlende Sieger

